

Internationaler Bund

Chance zum Aufbruch

Öffentliche Veranstaltung zur Mitgliederversammlung
3. Juni 2005 in Köln





Inhalt

Seite



Senator e.h. Bruno W. Köbele,

Präsident des Internationalen Bundes:

„Die Wirklichkeit ist für den IB eine Chance zum Aufbruch“

4



Elfi Scho-Antwerpes,

Bürgermeisterin der Stadt Köln:

„Sie erkennen die Zeichen der Zeit“

6



Wolfgang Clement,

Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit:

„Es geht um die Mobilisierung der Kräfte“

7



Klaus Schäfer,

Abteilungsleiter im Ministerium für Schule,

Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen:

„Diese jungen Menschen brauchen Sie“

11



Heinrich Alt,

Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit:

„Wir machen es Ihnen derzeit nicht einfach“

13



Prof. Dr. Thomas Rauschenbach,

Leiter des Deutschen Jugendinstituts:

„Jugend – ein blinder Fleck der Politik?“

16



Der **Internationale Bund (IB)** ist einer der großen freien Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit in Deutschland.

Der IB, 1949 gegründet, ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig. Seine Arbeit ist als gemeinnützig anerkannt.

Präsident des IB ist Senator e.h. Bruno W. Köbele, ehemaliger Vorsitzender der IG Bau. Die Mitarbeiter des Vereins helfen bundesweit deutschen und ausländischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bei der persönlichen oder beruflichen Lebensplanung. Sitz des Vereins ist Frankfurt am Main.



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

„Chance zum Aufbruch“ war das Motto unserer Mitgliederversammlung am 3. und 4. Juni 2005 in Köln.

Und dieses Motto ist durchaus in vielen Zusammenhängen zu verstehen. Der IB hat die so genannten Hartz-Gesetze auf jeden Fall dazu genutzt, seine Angebote aus den Bereichen Fort- und Weiterbildung, Qualifizierung und Ausbildung umfassend zu modernisieren und den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Die Reformen bieten aber auch

eine Chance zum Aufbruch in einen neuen Dialog. Es nützt schließlich niemandem, wenn die Beteiligten nur über-, aber nicht miteinander reden. Und so war die Mitgliederversammlung in Köln auch der Anfang einer neuen Gesprächskultur.

Gäste des IB am 3. Juni waren nämlich unter anderem die Protagonisten der Reformen, Bundesarbeitsminister Wolfgang Clement und das Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt. Sie nahmen nicht nur Stellung zu der von IB-Präsident Bruno W. Köbele vorgebrachten Kritik an der Umsetzung der Reformen, sondern schilderten auch noch einmal sehr ausführlich, warum sie die Änderungen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderungspolitik für nötig halten. Auf welche Schwierigkeiten Kommunen und Länder bei der Umsetzung der Hartz-Gesetze bisweilen stoßen, schilderten die Kölner Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes und der Abteilungsleiter Kinder und Jugend im nordrhein-westfälischen Ministerium für Schule, Kinder und Jugend, Klaus Schäfer.

Einer der Schwerpunkte der Hartz-Gesetze ist der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Auch der IB bemüht sich schließlich in großem Umfang, jungen Menschen eine berufliche Startchance zu geben. Über die Jugend wird also viel geredet und debattiert, doch als gesellschaftliche Gruppe bleibt sie oft schemenhaft und undeutlich. Hier brachte Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Leiter des Deutschen Jugendinstituts, in Köln ein wenig Licht ins Dunkel. In seinem Vortrag erläuterte er, warum Jugend heute anders ist als noch vor zehn oder 20 Jahren, warum heute viele nicht mehr so genau wissen, wen sie eigentlich mit Jugend meinen und warum Jugendliche heute so selten in Medien und Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

Wir sind überzeugt davon, dass die Eröffnungsfeier der Mitgliederversammlung mit ihren Reden und Beiträgen 2005 den Einstieg in die neue Dialogkultur markiert, die jetzt aber fortgeführt werden muss. Daher haben wir uns entschlossen, die Redebeiträge dieses Tages in der vorliegenden Broschüre zu dokumentieren und würden uns freuen, wenn sie dazu beitragen könnte, unser Motto „Chance zum Aufbruch“ auch über den IB hinaus mit Leben zu erfüllen.

Werner Sigmund
Vorsitzender des Vorstandes



Senator e.h. Bruno W. Köbele,
Präsident des IB

„Die Wirklichkeit ist für den IB eine Chance zum Aufbruch“

ICH FREUE MICH SEHR, dass zahlreiche Ehrengäste unserer Einladung nach Köln gefolgt sind und damit ihre zum Teil langjährige Verbundenheit mit dem IB zum Ausdruck bringen. Schön, dass Sie da sind und ein herzlicher Dank für ihre bisherige und hoffentlich auch zukünftige Unterstützung!

Mit der Stadt Köln und dem Land Nordrhein-Westfalen verbindet den IB eine lange Geschichte. Am 1. Oktober 1953 wurde der IB, damals noch der „Internationale Bund – Jugendsozialwerk e.V.“, in NRW als Träger der sozialen Jugendarbeit zugelassen.

**NRW war und ist für den IB ein
Modell- und Demonstrationsfeld für
zukunftsorientierte Entwicklungen.**

NRW war und ist für den IB ein Modell- und Demonstrationsfeld für zukunftsorientierte Entwicklungen. Seit 1998 kooperiert der IB in Köln mit der Stadt und der Arbeitsagentur, um nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ Arbeitslose ins Erwerbsleben zu integrieren.

Das „Kölner Modell“ erlangte bundesweit eine Vorbildfunktion. Über die Jahre ist in Köln bewiesen worden, dass durch die Vernetzung von Hilfestrukturen die Integration auch von Menschen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen erfolgreich bewältigt werden kann. Im Kölner Modell, das der IB maßgeblich mitgeprägt hat und das als Vorläufer von Hartz IV und dem neuen SGB II gelten kann, wurde eindrucksvoll bewiesen, dass die effektive Förderung und die Integration von Arbeitslosen in den allgemeinen Arbeitsmarkt gelingt, wenn alle Beteiligten – Kommune, Arbeitsagentur und die Träger – dies als Gemeinschaftsaufgabe begreifen und ihre Angebote und Ressourcen vernetzen.

Viele Komponenten dieser Praxis werden nun unter Beteiligung des IB durch die Kölner Arbeitsgemeinschaft weitergeführt. Ohne das Engagement der Stadt Köln wäre diese Entwicklung sicher nicht gelungen. Ich hoffe, das Kölner Beispiel macht auch an anderen Orten Schule!

Die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik mit all ihren Konsequenzen sowohl für die Betroffenen als auch für uns als Träger hält uns in Atem und stellt uns vor große Herausforderungen.

Ein herzliches Willkommen auch dem Vertreter des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder in NRW, Herrn Klaus Schäfer.

Sehr geehrter Herr Schäfer, ich freue mich, dass Sie heute in Vertretung der noch amtierenden Ministerin hier sind und damit unterstreichen, dass der IB im Land Nordrhein-Westfalen offensichtlich einen wichtigen Stellenwert hat und, seien Sie versichert, NRW ist auch dem IB

wichtig. Als ein Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Ihrem Ministerium möchte ich die Schulsozialarbeit nennen. Auch hier ist NRW modellhaft in der Entwicklung und Gestaltung und des gemeinsamen Handlungsfeldes von Schule und Jugendhilfe.

Der IB wird hier mit seinem Know-how auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, die Angebote im Bereich der Schulen und der Jugendhilfe zu vernetzen und auszubauen. Natürlich erwarten wir, dass die bewährte und erfolgreiche Zusammenarbeit auch unter der neuen Landesregierung fortgesetzt wird.

Für die Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur bedanke ich mich stellvertretend bei dem Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Herrn Heinrich Alt. Ich bedanke mich herzlich für die langjährige und konstruktive Zusammenarbeit, Ihre Verbundenheit mit dem IB, und bin gespannt, was Sie uns aus der Sicht der Bundesagentur heute mit auf den Weg geben werden.

Ich begrüße ebenso herzlich Herrn Professor Rauschenbach, den Direktor des Deutschen Jugendinstituts. Das Thema Ihres Vortrags: „Jugend – ein blinder Fleck in der Politik“ macht mehr als deutlich, worauf die Gesellschaft ihr Augenmerk richten muss. Ich freue mich auf einen impulsreichen Vortrag.

Tief greifende politische Reformen, die anhaltende Krise der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme sowie wachsende Lebensrisiken durch Arbeitslosigkeit, Bildungsnotstand, Ausgrenzung und Armut beschreiben die komplexe Wirklichkeit, in der sich der IB bewegt und bewähren muss.

Diese Wirklichkeit ist für den IB, wie Sie es am Motto unserer diesjährigen Mitgliederversammlung erkennen können, auch eine Chance zum Aufbruch. Eine Chance zum Aufbruch sowohl für die Menschen, die unsere Dienstleistungen in Bildung, Beschäftigung und sozialen Arbeit nachfragen, als auch für einen IB, der aktiv und engagiert an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirkt.

**Der IB hat seine Fähigkeit zum Wandel
bewiesen.**

Die Modernisierung des Sozialstaates und die rein wirtschaftliche Ausrichtung der Bildungs- und Sozialarbeit stellen erhebliche Anforderungen an einen Träger wie den IB. Nach wirtschaftlichen Prinzipien zu handeln, zugleich den Sozialstaat verantwortlich mitzugestalten und die innerverbandlichen Strukturen auf neue Füße zu stellen, ist der Balanceakt, den es zu bewältigen gilt.

Die Bereitschaft und die Fähigkeit zum Wandel sind die Grundvoraussetzungen, um in diesem Veränderungsprozess bestehen zu können.

Der IB hat seine Fähigkeit zum Wandel bewiesen und ich bin stolz darauf, heute sagen zu können, dass wir ein gutes Stück auf unserem Weg vom Zuwendungsempfänger zu einem aktiven Anbieter differenzierter Dienstleistungen vorangekommen sind. Wir haben ein zeitgemäßes Profil unserer Werte und unserer Organisationsstruktur entwickelt, das dem IB als Mitgliederverband und modernem Dienstleister gerecht wird.

Wir müssen wachsam sein, dass der Sozialstaat nicht auf der Strecke bleibt. Demokratie braucht ein soziales Fundament!

Die fortschreitende Ökonomisierung des Sozialbereichs birgt eine Vielzahl von Risiken für unsere Gesellschaft. Wir müssen wachsam sein, dass bei allem Bemühen um Reformen der Sozialstaat nicht auf der Strecke bleibt. Sozialstaatliche Leistungen dürfen nicht zu einem beliebig reduzierbaren Anhängsel der Marktwirtschaft werden. Wir wissen alle, dass marktwirtschaftliche Instrumente allein nicht in der Lage sind, soziale Sicherheit zu gewährleisten. Demokratie braucht ein soziales Fundament!

Die unbestritten notwendigen Strukturveränderungen müssen sich daher immer auch an den Leitbildern Solidarität und Gerechtigkeit orientieren. Sie dürfen die Verteilungsgerechtigkeit nicht ausblenden.

Um es ganz deutlich zu sagen: „In unserer sozialen Demokratie sind soziale Rechte keine Almosen des Staates, sondern Grundrechtsverwirklichung!“ Ohne sie wäre die Würde des Menschen schnell in Frage gestellt.

Die zunehmende Ausrichtung der Bildungs- und Sozialarbeit an wirtschaftlichen Prinzipien birgt noch weitere Gefahrenpotenziale. In der Beruflichen Bildung wird zunehmend deutlich, dass kurzfristige Einspareffekte langfristig zu einem erhöhten Aufwand führen werden. Die Sparpolitik der Bundesagentur für Arbeit und das neue Vergabeverfahren für Maßnahmen der Beruflichen Bildung haben zu einem verschärften Wettbewerb und einem eklatanten Preisverfall geführt, der viele Träger in ihrer Existenz gefährdet. Hinzu kommt, dass durch die kurzfristige Vergabe der Maßnahmen und die rasanten Trägerwechsel jegliche Planbarkeit verloren gegangen ist. Ressourcen und bewährte Netzwerke werden durch diese Vergabepolitik nachhaltig zerstört. Brücken, die über lange Zeit aufgebaut wurden, werden eingerissen.

Brücken, die über lange Zeit aufgebaut wurden, werden eingerissen.

Besonders dramatisch ist diese Situation für Jugendliche und junge Erwachsene. Hier werden die an anderer Stelle immer wieder geforderten Förderketten unterbrochen. Die Schulen wissen zum Beispiel zu Beginn des

Schuljahres nicht, mit welchem Träger sie zusammenarbeiten werden. Ebenso wenig kann der Übergang von der Schule in eine berufsvorbereitende Maßnahme bei einem Träger eingeleitet werden. Eine ganzheitliche, entwicklungsbegleitende Förderung wird somit schier unmöglich gemacht.

Mein Appell richtet sich daher an Sie, Herr Minister Clement, und auch an Sie, Herr Alt, besonders im Jugendbereich die derzeitige Vergabepaxis zu überprüfen – wir halten sie für absolut ungeeignet!

Für die Bildungsträger führen die Arbeitsmarktreform und die Vergabepaxis der Bundesagentur für Arbeit zu Personalabbau im großen Stil. Dabei gibt es gar keine Zweifel an der Notwendigkeit verstärkter Qualifikationsbemühungen für die Zielgruppen der Bildungsträger. Dies besonders im Zusammenhang mit der Globalisierung, lebenslangem Lernen und den PISA-Ergebnissen.

Dort, wo Entlassungen vermieden werden können beziehungsweise wo Mitarbeiter von einem anderen Träger übernommen werden, ist dies in der Regel mit Gehaltseinbußen verbunden, die zum Teil mehr als 30 Prozent ausmachen.

Es kann nicht im Interesse einer effektiven und qualitativ hochwertigen Durchführung von Arbeitsmarktdienstleistungen liegen, dass hoch qualifizierte Mitarbeiter mit Hochschulabschluss oder Spezialausbildung unter dem Niveau des Mindestlohns am Bau bezahlt werden. Solche Gehälter und Befristungen unter einem Jahr lassen den Anspruch auf eine autonome Existenzsicherung zur Quadratur des Kreises werden.

Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft wird auch daran gemessen, wie sie mit ihrer wichtigsten Ressource, den jungen Menschen, umgeht.

Wir können es nicht zulassen, dass Mitarbeit bei Bildungsträgern nur noch als „Ich-AG“ oder im Rahmen geringfügiger Beschäftigung möglich ist. Deshalb müssen neben den qualitativen Anforderungen an die Durchführung der Maßnahmen auch Mindestanforderungen in Bezug auf die Standards bei den Gehältern realisiert werden. Das gleiche gilt für die übrigen Arbeitsbedingungen. Bei aller Bereitschaft, neue Wege zu gehen und uns aktiv an der Gestaltung gesellschaftlicher Veränderungsprozesse zu beteiligen, dürfen wir aber eines nicht vergessen: unsere Anwaltsfunktion für die Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft wird auch daran gemessen, wie sie mit ihrer wichtigsten Ressource, den jungen Menschen, umgeht.

Wir werden unsere anwaltschaftliche Funktion ernst nehmen und darüber wachen, dass auch für lernbehinderte und benachteiligte Jugendliche die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft sichergestellt wird!



Elfi Scho-Antwerpes,
Bürgermeisterin der Stadt Köln

„Sie erkennen die Zeichen der Zeit“

FÜR DIE EINLADUNG zu Ihrer Mitgliederversammlung möchte ich mich im Namen der Stadt Köln herzlich bedanken und freue mich, dass Sie – nach 2003 in Leipzig – Köln als Veranstaltungsort ausgewählt haben.

Der moderne Sozialstaat wandelt sich überall – nicht nur bei uns in Köln. Veränderungen sind nicht immer und nicht für alle erfreulich. Viele Menschen – auch einige der helfenden sozialen Träger – müssen (leider ungewollte) Einbußen hinnehmen. Gerade deswegen bedarf unser Staat auch in Zukunft einer ihn ergänzenden und mittragenden Sozialkultur. Der Internationale Bund hat aufgrund der vielfältigen Aufgaben und der Größe eine herausragende Rolle.

Der Internationale Bund hat eine herausragende Rolle.

Ein kleines Beispiel kenne ich ganz praktisch aus meiner Vorstandsarbeit bei der Kölner AIDS-Hilfe: Im Nachbarstadtteil Kalk betreiben die Kölner AIDS-Hilfe und der Internationale Bund gemeinsam eine Fahrradwerkstatt als Arbeits-, Beschäftigungs- und Ausstiegsmöglichkeit für Drogenabhängige.

Die Teilnehmenden erhalten dort durch „eigener Hände Arbeit“ die Chance, sich auch durch Leistung zu erfahren, den Spielraum für ihre persönliche Entfaltung zu erweitern und Integrationsschritte bis hin zu Ausbildungs- oder Arbeitsaufnahme zu schaffen.

Für Arbeit und Integration engagiert sich der Kölner IB über das benachbarte Berufsbildungszentrum (BBZ) hinaus ganz besonders gemeinsam mit der von der Stadt Köln und der Agentur für Arbeit gebildeten Arbeitsgemeinschaft (ARGE) im ProVeedel - JobBörsenprogramm. Als Job-Börsen- und Beschäftigungsträger beraten, betreuen, qualifizieren und vermitteln Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserem vernetzten System äußerst erfolgreich Langzeitarbeitslose.

Mit einem differenzierten Sprachkursangebot und der Betreuung in Ihren Wohnheimen schaffen Sie Grundlagen für die Teilhabe vieler Kölnerinnen und Kölner mit Migrationshintergrund.

Durch seine Heime für Obdachlose komplettiert der IB sein Angebot. Er hilft randständigen Menschen auf ihrem Rückweg ins Gemeinschaftsleben. Arbeit und Integration bei republikweit über fünf Millionen Arbeitslosen und einer überall zunehmenden Differenzierung im gesellschaftlichen Leben zu fördern, braucht stetiges gemeinsames Tun.

In einer Zeit des Wandels und der ständigen Veränderung nutzen Sie alle Chancen zu einer zeitgerechten ange- passten Gestaltung Ihres Handelns.

In einer Zeit des Wandels und der ständigen Veränderung nutzen Sie alle Chancen zu einer zeitgerechten angepassten Gestaltung Ihres Handelns.

Sie erkennen die Zeichen der Zeit und die Chancen des Wandels. So eröffnen Sie Ihren Beschäftigten eine Perspektive und verhelfen Menschen zu einer besseren Zukunft!





Wolfgang Clement,
Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

„Es geht um die Mobilisierung der Kräfte“

JUNGEN MENSCHEN die Möglichkeit zu einer guten Ausbildung zu verschaffen und zu vermitteln, das ist eine der herausragenden Aufgaben für unser Land.

Der Internationale Bund trägt schon seit Jahrzehnten engagiert dazu bei, jungen Menschen, die es mit sich selbst oder den Umständen, in denen sie sich befinden, in denen sie heranwachsen, in denen sie leben, nicht so leicht haben, Zukunftsperspektiven und einen gelungenen Einstieg in das Berufsleben zu verschaffen. Und das ist immens wichtig.

Ihre Angebote zur Beruflichen Weiterbildung helfen zudem vielen Menschen beim Wiedereinstieg in das Arbeitsleben oder dabei, angesichts veränderter Anforderungen dieser Arbeitswelt den Anschluss nicht zu verlieren. Auch das ist angesichts der gewaltigen Probleme, die wir auf dem Arbeitsmarkt haben, auch wenn wir die 5-Millionen-Grenze inzwischen unterschritten haben und nicht mehr erreichen werden, und die nur zusammen mit allen Beteiligten zu lösen sind, nicht allein durch den Gesetzgeber und nicht allein durch ein paar politisch Handelnde, sondern nur durch das Zusammenwirken von allen, die Verantwortung tragen oder sie empfinden, eine bedeutende Leistung.

Und deshalb bin ich auch hierher gekommen, um Ihnen Dank zu sagen. Zuallererst für das, was Sie im Laufe der Jahrzehnte und erst recht in dieser Zeit tun für die Bildung, die berufliche Ausbildung und für die Weiterbildung von Menschen in sehr unterschiedlichen Lebenslagen. Wir haben es heute, man muss es so sagen, in Deutschland, in Europa, in der Welt mit gewaltigen Herausforderungen zu tun.

In Deutschland geht es darum, dass wir unser Land auch für die Zukunft fit machen für den weltweiten Wettbewerb, in dem wir uns befinden.

In Deutschland geht es darum, dass wir unser Land auch für die Zukunft fit machen für den weltweiten Wettbewerb, in dem wir uns befinden. Zu dieser Aufgabe gehört, dass durch die Rahmenbedingungen, die wir stellen, das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland möglich ist. Denn das ist die wichtigste Voraussetzung, um soziale Grundlagen erhalten zu können, um wirtschaftliches Wachstum zu fördern und gleichzeitig mit einer veränderten Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik die sozialen Grundlagen unseres Landes neu zu festigen.

Woher sind wir gekommen? Wir sind gekommen in den letzten Jahrzehnten aus einer Entwicklung, in der vermutlich keine Volkswirtschaft der Welt so viel Kraft, so viel Geld und so viel Bürokratie investiert hat im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wie die Bundesrepublik Deutschland.

Und gemessen an diesem gewaltigen Kraftaufwand ist der Erfolg denkbar bedrückend. Das ist der eigentliche Grund dafür, dass wir zu einer so grundlegenden Veränderung in der Arbeitsmarktpolitik gezwungen waren und sind, wie wir sie gegenwärtig vornehmen. Denn ich möchte nur ungern akzeptieren, was bisher in Deutschland auf dem Arbeitsmarkt geschehen ist – seit Beginn der 80er-Jahre und nicht erst seit der Herstellung der deutschen Einheit – nämlich ein permanenter Anstieg der Arbeitslosigkeit, der Langzeitarbeitslosigkeit, zumal in den Größenordnungen, mit denen wir es heute zu tun haben.

Gemessen an diesem gewaltigen Kraftaufwand ist der Erfolg denkbar bedrückend.

Wir haben beispielsweise bei der Zusammenlegung der beiden bisherigen Fürsorgesysteme, der staatlichen Arbeitslosenhilfe und der kommunalen Sozialhilfe, zu Anfang dieses Jahres festgestellt, dass wir nicht nur über 400.000 arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren in Deutschland haben, sondern in Wahrheit 665.000. Und dass über 200.000 solcher Jugendlichen aus der Sozialhilfe kamen, wo sie offensichtlich bisher nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit standen, wenn es darum ging, sie in berufliche Ausbildung oder in Arbeitsplätze zu bringen.

Was da bisher so herangewachsen ist, das ist in diesen beiden Systemen entstanden. Und das hat sich bereits vor zehn Jahren in Größenordnungen bewegt, mit denen wir jetzt zu tun haben. Eine Arbeitslosigkeit, die zu Anfang des Jahres die Fünf-Millionen-Grenze überschritten hatte und an der wir jetzt arbeiten. Und zwar in einer neuen Formation, in der wir das, was auf der kommunalen Ebene vorhanden ist an Wissen und Können, an Betreuungsmöglichkeiten, an Betreuungserfahrungen im Umgang mit Menschen, die auf soziale Hilfe angewiesen sind, zusammenbringen mit dem, was an Erfahrung in der Vermittlung, in der Arbeitsvermittlung der Bundesagentur für Arbeit, in den Agenturen für Arbeit in ganz Deutschland vorhanden ist, zusammen mit dem, was in Ihren Initiativen, in den Bildungseinrichtungen im Internationalen Bund an Fähigkeiten und Können gegeben ist. Das zusammenzubringen, das ist die Kunst, die wir lernen müssen.

Es ist natürlich keine leichte Operation und kein leichtes Unterfangen. Wir sind jetzt im Aufbau der Job-Center und der Arbeitsgemeinschaften vor Ort im sechsten



Monat. Das ist auch für eine Geburt noch ziemlich früh. In Großbritannien hat der Aufbau der Job-Center, Job-Center-Place heißen sie dort, und wir haben uns sehr stark an diesem Beispiel orientiert, 1998 begonnen. Und im nächsten Jahr wird das letzte Job-Center in Großbritannien fertig sein. Dann sind acht Jahre vorbei!

Vor einem Jahr hat die Bundesagentur begonnen mit dem Aufbau der Job-Center und den Arbeitsgemeinschaften vor Ort. In der Stadt Köln war die Zusammenarbeit hier zwischen der Sozialhilfe und der Arbeitsmarktpolitik in der Tat beispielhaft für das, was heute aufgebaut wird. Wobei ich sagen darf, dass die Arbeitsgemeinschaft vor Ort hier in Köln inzwischen schon genauso erfolgreich ist wie das, was vorher in der Zusammenarbeit hier in Köln in dem Modell erreicht worden ist.

Wir haben natürlich noch vieles an Feinarbeit zu leisten, und das, was Sie bedrückt, gehört natürlich dazu.

Ich bin überzeugt davon, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir haben natürlich noch vieles an Feinarbeit zu leisten, und das, was Sie bedrückt und was Herr Köbele vorhin angesprochen hat, das gehört natürlich dazu und dazu werden wir uns noch äußern.

Das Hauptthema, das wir uns vorgenommen haben, ist in dieser Phase gerade am Start, dass wir der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland zu Leibe rücken müssen. 665.000 arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren, 27 Prozent davon ohne Schulabschluss, 67 Prozent davon ohne berufliche Ausbildung. Das charakterisiert mit ganz wenigen Zahlen nur das, womit wir zu tun haben. Es ist ja so, dass insgesamt in unserem Land zur Zeit zehn Prozent der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss ins Berufsleben gehen.

Das ist die Lage, mit der wir zu tun haben. Das, was von Seiten der Bundesagentur, auch von Ihnen, von Ihrer Seite, im Nachhinein nach diesen Prozessen in den Schulen geschehen kann, das ist immer nur Nachbesserung dessen, was in den Familien und in den Schulen nicht erreicht wird. Auch das, was Sie tun müssen, so hervorhebenswert das auch ist. Es ist teuer, es kommt spät und es ist mühsam, es auf das gleiche Niveau zu bringen, auf das es schon hätte gebracht werden können, wenn die Arbeit rechtzeitig ausreichend vorher stattgefunden hätte. Das ist einer unserer Kernpunkte. Das ist meines Erachtens das schwierigste Problem, mit dem wir gegenwärtig in Deutschland zu tun haben. Wenn wir das nicht lösen, werden wir das Arbeitsmarktproblem in Deutschland nicht lösen können. Wir werden immer in dieser Art der Nacharbeit sein und wir werden damit den Fähigkeiten, den Möglichkeiten, den Kompetenzen der Menschen, um die es geht, nicht gerecht. Das ist nicht zu verantworten gegenüber den jungen Menschen. Das ist übrigens auch nicht zu verantworten, vor dem Hintergrund dessen, dass wir in Deutschland immer älter, immer weniger werden. Wir können es uns auch als Gemeinschaft nicht leisten, auf die Fähigkeiten und Kompetenzen des Einzelnen zu verzichten.

Wir müssen hier zu einem wirklichen Umsteuern kommen. Das heißt, dass wir noch sehr viel tiefer gehen müssen als das, was wir bisher tun können. Was wir allerdings tun können, das wollen wir mit aller Konsequenz tun. Wir wollen als Erstes die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland überwinden. Das ist die einzige Möglichkeit, um

wieder das Vertrauen der Menschen in die Arbeitsmarktpolitik zu gewinnen.

Wir müssen zeigen, dass es geht, wenn alle zusammenwirken. Wir brauchen dazu aber auch das Zusammenwirken von allen und wir brauchen dazu auch Konsequenz. Dazu gehört eben das, was wir unter Fördern und Fordern verstehen. Jeder junge Mann und jede junge Frau unter 25 Jahren, die heute arbeitslos sind, haben einen gesetzlichen Anspruch darauf, dass ihnen ein Angebot gemacht wird auf einen Ausbildungsplatz, auf einen Arbeitsplatz, auf eine schulische Qualifikation, auf eine sonstige sprachliche Qualifikation oder sonstige Einstiegsqualifikationen, die ihnen vermittelt werden können.

Jeder und jede in Deutschland bekommt eines von acht Angeboten aus einem Bündel von Angeboten, das die Bundesagentur erarbeitet hat. Jedes dieser Angebote ist zumutbar und eines dieser Angebote, das ist allerdings das Fordern, muss jeder Jugendliche annehmen. Niemand kann sich allem entziehen. Denn das ist die Kehrseite der Solidarität, dass jeder und jede auch das seine oder ihre dazu beitragen muss, damit wir in der Gemeinschaft nicht Schaden nehmen, sondern vorankommen. Wir sind damit auf dem richtigen Weg nach allem, was wir bisher erkennen können. Mit dem, was wir in der Arbeit mit den jugendlichen Arbeitslosen tun, haben wir inzwischen in den Monaten April und Mai die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland auf diese Weise um 100.000 reduziert, allein im Mai um 42.000. Ich gehe davon aus, dass wir in diesem Prozess Schritt für Schritt, Monat für Monat den Rückbau der Arbeitslosigkeit hinbekommen.

Wir sind also von 665.000 arbeitslosen Jugendlichen in Deutschland Anfang April jetzt bei rund 560.000. Das ist natürlich noch immer viel zu viel, das ist klar. Wir sind überzeugt, dass wir in diesem Jahr unser Ziel erreichen können, nämlich Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland so weit herunterzubringen in diesem ersten Jahr der neuen Arbeitsmarktpolitik, dass kein Jugendlicher, keine Jugendliche länger als drei Monate arbeitslos ist. Das ist das Ziel Nummer eins, das wir uns gestellt haben, und das wir in diesem Jahr erreichen wollen. Das ist meine erste Bitte, dass Sie auf diesen Feldern mit uns zusammenarbeiten, damit wir dieses Ziel tatsächlich auch erreichen können.

Dazu gehört beispielsweise auch das, was im Bereich der Ausbildung geschehen muss. Ich habe großen Respekt vor dem, was der IB im Bereich der Ausbildung tut, der beruflichen Ausbildung, zum Beispiel im medizinischen Bereich oder im Bereich auch der Pforzheimer Goldschmiedekunst, von der ich auch schon im Vorbeigehen einiges gesehen habe, nicht zuletzt auch im Hotel- und Gaststättenbereich, der ein außerordentlich wichtiger Sektor ist.

Wir müssen in der beruflichen Ausbildung tatsächlich in der Lage sein, in diesem Jahr erneut allen Jugendlichen, die wollen und können, einen Ausbildungsplatz, oder – wenn sie eine entsprechende Vorbereitung brauchen – eine Einstiegsqualifikation zu vermitteln, damit sie auf diese Weise einen einigermaßen gesicherten Weg in das berufliche Leben haben. Das ist das Ziel des Ausbildungspaktes, den wir fortsetzen. Er war aus meiner Sicht im vergangenen Jahr erfolgreich. Alle beteiligten Seiten, die Wirtschaft, die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, die Bundesagentur, die Bundesregierung: Wir haben unsere Zusagen eingehalten, allesamt, teilweise, großenteils übererfüllt. Die Wirtschaft hat nicht nur die verpflichteten 30.000 neuen Ausbildungsplätze, sondern 59.000 Ausbildungsplätze und nicht nur die zugesagten 25.000 Einstiegsqualifikationen, sondern 31.000 Einstiegsqualifikationen mobilisiert. Und



auch in diesem Jahr gilt, mindestens 30.000 Ausbildungsplätze durch die Wirtschaft und mindestens 25.000 Einstiegsqualifikationen zu mobilisieren. Ich gehe davon aus, dass dies gelingt. Dies ist allerdings noch eine verteilte Anstrengung wert. Wir haben noch eine erhebliche rechnerische Lücke zwischen dem derzeitigen Angebot und den nachfragenden Jugendlichen. Und wir müssen die nächsten Wochen und Monate mit aller Kraft nutzen, um hier zu einer Verbesserung zu kommen.

Es ist natürlich richtig, wenn man für etwas verantwortlich gemacht wird. Nur es nützt nichts in der Sache, immer nur auf einen zu zeigen, es wird auf die Dauer langweilig. Es geht nur, wenn alle mitmachen. Es ist ein Irrtum zu glauben, man könnte mit einem Gesetz die Wirklichkeit in Deutschland verändern. Wir können Ausbildungsumlagen und alles beschließen, es geht nur, wenn die, die beschließen, wissen, was sie tun und was sie zugesagt haben. Und das geschieht viel zu wenig, das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit. Wo ich hinkomme, wird über dieses Thema gesprochen. Nur wenn man konkret wird und fragt, wo geschieht es denn, wer ist denn bereit, mitzutun, wer ist bereit, mit auszubilden, ob als Manager, als Eigentümer, als Betriebsrat, als Personalrat, als Politiker, wer macht wirklich mit. Anfassen, mittun, mitsprechen, mitreden – wer macht mit, dann wird es dünn in Deutschland.

Es ist ein Irrtum zu glauben, man könnte mit einem Gesetz die Wirklichkeit in Deutschland verändern.

Wir dürfen nicht überschätzen, was die Bundesagentur auf diesen Feldern tun kann. Wir müssen natürlich Stetigkeit dort hineinbringen, Berechenbarkeit. Wir sind kein Unternehmen für Sozialdumping, Walter Köbele, um das klar zu sagen. Es ist nicht unser Job, dafür zu sorgen, dass in den Bildungseinrichtungen bei Ihnen beispielsweise zu den Bedingungen einer Ich-AG oder Ähnlichem finanziell gearbeitet wird. Das ist nicht unser Job, das wollen wir nicht, das werden wir also auch korrigieren, da, wo das eintritt. Das ist ganz klar. Aber wir dürfen auch nicht überschätzen, wir, die Bundesagentur für Arbeit, wir mit unserer Arbeitsmarktpolitik, wir sind der Reparaturtrupp. Wir können nicht die Hauptakteure des Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsgeschehens in Deutschland sein. Dazu gehört sehr viel mehr. Das sage ich auch allen politischen Vertreterinnen und Vertretern aller politischen Schattierungen: Konzentrieren wir uns nicht nur auf die Reparatur. Es geht wirklich um die Mobilisierung der Kräfte, die in unserem Land sind. Und das kann man nicht erst machen, wenn wir mit den Problemfällen zu tun haben, sondern das muss am Beginn aller Arbeit stehen. Im Ausbildungspakt haben wir ja auch festgelegt, dass die Bundesagentur für Arbeit ausbildungsfördernde Maßnahmen, insbesondere also berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen mindestens auf dem Niveau von 2003 fortführt. Das ist deutlich niedriger, als es vorher war. Das haben wir 2004 gemacht, das werden wir 2005 tun, das ist die Zusicherung. Auch inhaltlich sind die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen weiterentwickelt worden anhand des Modellversuchs „Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf“. Es ist ein neues Fachkonzept entwickelt worden, das versucht, den beruflichen Grundfertigkeiten der Jugendlichen gerecht

zu werden, sie zu verbessern und aufzuarbeiten. Ich will jetzt nur dazu sagen, dieses neue Fachkonzept, meine Damen und Herren, versteht sich als „lernendes Konzept“. Das heißt, es ist offen für Veränderungen, die sich bei der praktischen Durchführung als notwendig erweisen können. Ich weiß, dass die Einführung dieses neuen Konzeptes viel Unruhe in der Trägerlandschaft verbreitet hat. Vielleicht kann man es aber so tun, wie Sie es auf dem Plakat dort gesagt haben, nämlich, diese Neuerungen auch als Chance zu begreifen. Neue Wege mit neuen regionalen und innovativen Konzepten zu gehen.

Ich weiß, dass die Einführung dieses neuen Konzeptes viel Unruhe in der Trägerlandschaft verbreitet hat.

Jedenfalls, das will ich noch einmal sagen, weil auch Walter Köbele vorhin zu Recht über die soziale Verpflichtung gesprochen hat, dass nicht alles über den Leisten der Ökonomie geschlagen werden dürfe. Wir geben für diesen Sektor insgesamt für den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit in diesem Jahr aus den Mitteln der Bundesagentur und damit auch zu einem Gutteil aus den Mitteln der Steuerzahler 6,8 Milliarden Euro aus. Wir haben noch nie so viel Geld zur Verfügung gehabt wie in diesem Jahr zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Es sind 4,8 Milliarden Euro in diesem Jahr im Bereich des SGB III und es kommt die SGB II-Förderung hinzu.

Noch nie haben wir gesetzlich solche Möglichkeiten gehabt, wie wir sie jetzt haben, ein Angebot machen zu müssen, allerdings von den Jugendlichen auch erwarten zu dürfen, dass sie von diesen Angeboten Gebrauch machen. Es sei denn, es könnte keine finanzielle Förderung mehr zur Verfügung gestellt werden.

Und noch nie haben wir die Möglichkeit gehabt, die Jugendlichen so eng zu betreuen, wie es zur Zeit geschieht, denn wir sind in allen Arbeitsgemeinschaften vor Ort jetzt so weit, dass für 75 zu betreuende Jugendliche jeweils ein Vermittler zur Verfügung steht. Und dies alles zusammengenommen muss dazu führen, dass wir unsere Zielsetzung erreichen. Und dass wir dies tun können, daran haben Sie, hat der Internationale Bund einen wesentlichen Anteil, denn Sie sind ja an der Realisierung der Eingliederungsmaßnahmen, die von der Bundesagentur finanziert werden, in sehr maßgeblicher Weise beteiligt und das soll auch so bleiben.

Der Internationale Bund ist auch ein anerkannter Partner für eine qualitativ hochwertige berufliche Weiterbildung. Wie Sie wissen, hat die Neuausrichtung der Weiterbildungsförderung und eine wirkungsorientierte Arbeitsmarktpolitik zu einer deutlich geringeren Gewichtung der Weiterbildung in den Eingliederungsbudgets der Bundesagentur für Arbeit geführt. Die Einführung des Bildungsgutscheines kommt hinzu und strengere Qualitätserfordernisse, die zu einem schärferen Wettbewerb zwischen den Bildungsanbietern geführt haben. Wir haben das auch in einem Gespräch, das wir kürzlich gemeinsam mit gewerkschaftlicher Seite geführt haben, akzeptiert. Wir werden das sehr viel sorgfältiger diskutieren. Wo gibt es Fehlentwicklungen in diesem Sektor und wo gibt es einen

wirklichen Veränderungsbedarf, dem wir auch Rechnung tragen? Es ist ja nicht von ungefähr, dass die Bundesagentur hier zum Umsteuern gezwungen war. Sondern der Anfang war ein Bericht des Rechnungshofes, an den Sie sich vielleicht noch erinnern, der bundesweit zu Reaktionen geführt hat, nicht zuletzt auch in den Bereichen, mit denen Sie tagtäglich zu tun haben, die wirklich Veränderungen herbeigefordert haben.

Wir sind längst, was Ausschreibungen angeht, in einem Veränderungsprozess. Ich denke, dass wir den auch produktiv zu einem guten Ergebnis führen müssen. Viele Bildungsträger haben jedenfalls die Herausforderung angenommen. Sie haben sich dem Wettbewerb gestellt und stellen sich ihm, um mehr Wirtschaftlichkeit, mehr Wirksamkeit, Qualität zu erreichen – und dazu gehört nicht zuletzt der Internationale Bund – auch wenn, wie vorhin vom Präsidenten gesagt worden ist, die Anpassungsprozesse doch zu äußersten Problemen geführt haben, mit denen wir dann gemeinsam umgehen müssen. Und das können wir hier sagen, dass wir bereit sind, hier die allgemeinen Aussagen, die ich hier jetzt nur machen kann, auch zu konkretisieren in Gesprächen, in denen wir uns anschauen, wo Fehlentwicklungen sind und wo wir sagen müssen, dass der Weg, den wir eingeschlagen haben, unabweisbar notwendig ist. Wir brauchen in Deutschland insgesamt mehr und mehr qualitativ bessere berufliche Weiterbildung, damit wir unsere Innovations- und unsere Wachstumspotenziale, unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

Der von einer unabhängigen Expertenkommission vorgelegte Bericht zur Finanzierung des lebenslangen Lernens hat aus meiner Sicht neue Anstöße gegeben, die wir sehr ernst nehmen müssen. Gleichwohl können aber auch im Bereich der beruflichen Weiterbildung nach dem Sozialgesetzbuch schon jetzt mehr Potenziale erschlossen und mehr positive Bewegung am Arbeitsmarkt erzielt werden. Es sind zum Beispiel zur Zeit noch rund 80 Prozent der Mittel im Bereich des SGB II, also im Bereich der sozialen Grundsicherung für Weiterbildungsförderung, verfügbar.

Das heißt, Arbeitsgemeinschaften und Kommunen können noch mehr für die Weiterbildungsförderung tun und berufliche Integrationschancen erschließen. In der Arbeitsförderung werden bisher zahlreiche Qualifizierungsinstrumente wie zum Beispiel Job-Rotation, Förderung Geringqualifizierter oder älterer Arbeitnehmer von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern nur sehr spärlich genutzt. Hier können Chancen von Bildungsanbietern und Arbeitgebern gleichzeitig erschlossen werden.

Sie spielen mit dem IB auch eine herausragende Rolle.

Insgesamt darf aus meiner Sicht nicht vergessen werden, dass die Bundesagentur im Bildungsbereich weiterhin auf sehr hohem Niveau fördert. Allein im vergangenen Jahr sind über 1,8 Millionen Teilnehmer neu in Qualifizierungsmaßnahmen, einschließlich der Förderung der beruflichen Ausbildung und so genannten Trainingsmaßnahmen, eingetreten.

Sie spielen mit dem IB auch eine herausragende Rolle bei der beruflichen Rehabilitation behinderter Menschen. Dafür gilt Ihnen mein besonderer Dank. In über 30 Bildungszentren – über die ganze Republik verteilt – haben Sie sich als Einrichtung der beruflichen Rehabilitation

zwischen den Rehabilitationsdiensten sowie den Berufsbildungs- und Berufsförderungswerken einen sehr guten Namen gemacht. Sie bilden ja schwerpunktmäßig behinderte Jugendliche aus, die zwar einerseits aufgrund ihrer Behinderung besonderer Hilfen bedürfen, andererseits aber nicht das gesamte Leistungsspektrum eines Berufsbildungswerkes benötigen. Damit ermöglichen Sie in Ihren Bildungszentren jungen Menschen eine betriebs- und ortsnahe Ausbildung, die in der Regel eine internatsmäßige Unterbringung vermeidet und die Jugendlichen in ihren familiären Bindungen belässt.

Sie leisten auch auf diese Weise wichtige Beiträge mit dem Ziel, jedem behinderten Jugendlichen die Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Ich will Sie gerne darin bestärken, dieses Engagement fortzuführen. Uns steht in der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland eine breite Förderpalette zur Verfügung, sowohl für die Integration in die Ausbildung als auch für die berufliche Weiterbildung. Diese Palette muss genutzt werden.

Für Jugendliche, die hilfsbedürftig und gleichzeitig erwerbsfähig sind, schafft das SGB II, schaffen wir mit der sozialen Grundsicherung, mit den Möglichkeiten, die ich versucht habe zu skizzieren, einen gesetzlich verankerten Anspruch auf Vermittlung in Ausbildung, Arbeit oder Qualifikation. Oder in eine Arbeitsgelegenheit, die allerdings durch eine verstärkte Betreuung und Qualifikation begleitet werden muss.

Bei all diesen Aufgaben ist der Internationale Bund für uns ein unverzichtbarer Partner.

Wir sind zudem mit Ihnen, ebenso wie mit der Wirtschaft, unterwegs, um eine hohe und ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zu mobilisieren. Und schließlich tun wir mit der Bundesagentur für Arbeit und den Trägern der Grundsicherung für Arbeitssuchende vor Ort, mit den Arbeitsgemeinschaften alles, um junge Menschen in das Arbeitsleben zu integrieren. Bei all diesen Aufgaben ist der Internationale Bund für uns ein unverzichtbarer Partner.

Wir sind zuversichtlich, dass wir das Ziel, in diesem Jahr die durchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit auf unter drei Monate zu drücken und insgesamt die Jugendarbeitslosigkeit zu überwinden, damit wir der hohen Arbeitslosigkeit schlicht und ergreifend gesagt den Nachwuchs entziehen können, erreichen können, wenn wir die guten und positiven Kräfte in unserem Land zu mobilisieren verstehen.

Das wollen wir tun, da sind Sie dabei und deshalb möchte ich Ihnen noch einmal danken für das, was Sie mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entscheidend zum Gelingen beitragen, und ich möchte Sie ermutigen, das weiterhin zu tun. Nehmen Sie uns bei aller Kritik als Partner, die offen sind für Ihre Kritik, für Ihre Anregungen, für Ihre Hinweise. Nehmen Sie uns als Partner, die nicht immer einfach sind, weil wir unsere Ziele erreichen müssen, die wir ja im Interesse des Ganzen erreichen müssen. Über der Bundesrepublik liegt mit der hohen Arbeitslosigkeit wirklich so etwas wie eine psychologische Last. Diese muss weg, die muss abgearbeitet werden. Und deshalb gibt es nichts Vordringlicheres, es gibt aber auch keine herausforderndere Aufgabe als diese und deshalb freue ich mich, dass Sie in solchem Engagement, wie ich es kenne von Ihnen, daran mitwirken und ich möchte Sie ermutigen, trotz alledem mitzumachen und dabei zu sein und dabei zubleiben. Wir werden Erfolg haben, wir müssen Erfolg haben.



Klaus Schäfer,

Abteilungsleiter im Ministerium für Schule, Jugend und Kinder
des Landes Nordrhein-Westfalen

„Diese jungen Menschen brauchen Sie“

ÜBER 50 JAHRE nun sind Sie Partner der Landesregierung vor allem auf dem Gebiet der Benachteiligtenförderung und haben zahlreiche Markenzeichen gesetzt. Der IB steht für eine Organisation, die sich um die sozialen Belange insbesondere benachteiligter Jugendlicher kümmert und dabei einen unverzichtbaren Beitrag zur Sozialen Daseinsvorsorge leistet. Ihr Geschäftsbericht für die Jahre 2003 und 2004 zeigt eine beeindruckende Bilanz Ihres Engagements.

Ihre Arbeitsfelder sind fast immer auf die Verbesserung der Chancen junger Menschen gerichtet. Allein in Nordrhein-Westfalen stellen Sie wichtige Weichen in der Behindertenhilfe, Migrationssozialarbeit, Schuldnerberatung, in der Berufsausbildungsförderung und vor allem in der Kinder- und Jugendhilfe. Ein Bereich, auf den in den letzten Jahren in ganz besonderer Weise neue Anforderungen zugekommen sind. Ich will hier nur die Stichworte individuelle Förderung, Bildungsförderung, Sprachvermittlung, Integration junger Migranten, vertiefte Präventionsarbeit nennen. Sie stehen für eine Hilfe, die frühzeitig ansetzt, um späte und damit teure und weniger effiziente Hilfe zu vermeiden.

Sie stehen für eine Hilfe, die frühzeitig ansetzt, um späte und damit teure und weniger effiziente Hilfe zu vermeiden.

Ein ebenso wichtiger Ansatz ist sicher eine stärkere Verbindung der zwei zentralen Erziehungs- und Bildungsbereiche, die Jugendhilfe und die Schule. Wir haben in Nordrhein-Westfalen gerade das Zusammenwirken von Jugendhilfe und Schule in besonderer Weise gefördert und auch herausgefordert. Häufig ist dabei die Jugendhilfe – und das trifft auch für den Internationalen Bund zu – der entscheidende Motor gewesen. Daran müssen wir gemeinsam weiterarbeiten, denn wenn wir jungen Menschen frühzeitig Entwicklung ermöglichen und Chancen eröffnen wollen, dann müssen wir dies bereits in der Schule leisten. Hinsichtlich der Sprachförderung, die gerade für Kinder aus Migrationsfamilien wichtig ist, bereits im frühen Kindesalter. Und wir müssen die Übergänge zwischen den verschiedenen Bildungsstufen neu gestalten, damit keiner an diesen Schwellen bereits scheitert.

Die Arbeit mit und für junge Menschen, vor allem für diejenigen, die es schwer haben in der Schule und auf dem Ausbildungsmarkt, ist – leider – in den letzten Jahren

immer bedeutsamer geworden. Es ist nicht zu verkennen, dass zu viele von ihnen keinen Abschluss in der Sekundarstufe I schaffen und damit auch kaum eine Chance haben, für sich eine berufliche Zukunft, die zudem noch stabil ist, zu entwickeln.

Diese jungen Menschen brauchen auch jemanden, der Sprachrohr für sie ist.

Diese jungen Menschen brauchen eine Lobby; sie brauchen jemanden, der sich um sie kümmert und der sie fördert und fordert, auch dann, wenn sie bestimmte Schwellen nicht schaffen. Sie brauchen auch jemanden, der Sprachrohr für sie ist, denn sie allein können es zumeist nicht oder ihre Stimme geht unter.

Dafür, dass Sie als Internationaler Bund sich dieser Aufgabe in besonderer Weise verschrieben haben, möchte ich Ihnen den herzlichen Dank der Landesregierung überbringen. Die Landesregierung weiß um die Bedeutung Ihrer Arbeit und um das Engagement der vielen Fachkräfte. Ein Engagement, welches auch immer wieder Härten ausgesetzt ist.

Das Land NRW fördert heute im Bereich der Jugendsozialarbeit 63 Jugendberatungsstellen, 46 Jugendwerkstätten und 56 Projekte für schulumüde Jugendliche, etliche Aktivitäten davon in Trägerschaft des IB.

In den letzten Jahren sind immer wieder neue Initiativen auch vom IB aufgenommen und angenommen worden. Ich will hier besonders die Hilfen für schulumüde Jugendliche nennen. Bei der Entwicklung dieser Projekte stand der IB in NRW Pate. Hier in Köln an der Willy-Brandt-Gesamtschule wurde auf Initiative des IB eines der ersten und vom pädagogischen Ansatz her erfolgreichsten Projekte für diese Zielgruppe entwickelt und umgesetzt. Ohne dieses Vorhaben hätten wir heute sicher nicht diese ausgeprägte und erfolgreiche Infrastruktur für schulumüde Jugendliche, die in Deutschland ihresgleichen sucht.

Heute steht die soziale Arbeit insgesamt, und die der Kinder- und Jugendhilfe im Besonderen, vor schwieriger werdenden Rahmenbedingungen und zugleich vor massiven Herausforderungen. An sie wird der Anspruch formuliert, unter dem Profil des Förderns und Forderns schneller und effektiver Beiträge zur Integration in Ausbildung und Beruf zu leisten. Das stellt auch – und nicht zuletzt auch durch die Regelungen des SGB II – weitgehende Veränderungsanforderungen an alle Akteure.

Dies gilt insbesondere für die Jugendsozialarbeit, die sich ja an der Nahtstelle zweier Systeme – der Arbeitsmarktpolitik einerseits und der Jugendhilfe andererseits – bewegt und die sich auch hier in NRW in den letzten zwei



derjenige Ort, wo ihre Zielgruppe derzeit die größten Probleme hat, wo aber auch am wirksamsten pädagogisch gefördert werden kann. Dabei war und ist uns wichtig, vor allem auf die Bildungsleistungen in diesen Bereichen hinzuweisen. Bildung ist nämlich längst nicht mehr allein schulisches Lernen. Bildung ist vielmehr ein Prozess, der an vielen Orten stattfindet und sich letztlich zu einem ganzheitlichen zusammenfügt.

Denn Schule ist derjenige Ort, wo ihre Zielgruppe derzeit die größten Probleme hat, wo aber auch am wirksamsten pädagogisch gefördert werden kann.

Jahren neu auszurichten beginnen muss. Denn es ist klar, absoluten Vorrang muss die Vermittlung in den Arbeitsmarkt haben, nur dann haben junge Menschen wirklich eine Chance. Aber, und das ist ebenso wichtig, die pädagogischen Implikationen dürfen dabei nicht verloren gehen.

Absoluten Vorrang muss die Vermittlung in den Arbeitsmarkt haben.

Es geht der Jugendsozialarbeit um die Förderung der ganzen Person als Voraussetzung für eine dauerhafte gesellschaftliche Integration. Um dies zu gewährleisten, halten die Jugendminister eine bessere und konsequentere Einbeziehung der Jugendhilfe vor Ort für dringend erforderlich. Dies gilt gerade angesichts der Regelungen zur Nachrangigkeit von Angeboten nach § 13 KJHG zu solchen nach SGB II. Nachrangigkeit bedeutet nicht Aufgabe, sondern vielmehr die Konzentration auf die besondere Kompetenz der sozialpädagogischen Arbeit.

Nordrhein-Westfalen hat die Jugendsozialarbeit ausdrücklich in das seit dem 1. Januar 2005 geltende Kinder- und Jugendfördergesetz als ein eigenständiges Handlungsfeld aufgenommen. Das ist auch ein Bekenntnis für die Arbeit der Träger in diesem Bereich. Damit hat die Jugendsozialarbeit eine gute gesetzliche Grundlage, sich in den weiteren Prozess der Integration junger Menschen in Ausbildung und Arbeit mit ihren spezifischen Kompetenzen auch kompetent einzubringen.

Dabei ist uns klar, dass ein solches Engagement der Dauerhaftigkeit und der Kontinuität bedarf und eine entsprechende Infrastruktur voraussetzt. Mit einem auf fünf Jahre angelegten Kinder- und Jugendförderplan – so wie es das Gesetz vorschreibt – soll auf Landesebene und auf der kommunalen Ebene eine solche Kontinuität geschaffen werden.

Dabei ist es ein wichtiges Anliegen, das Verhältnis zur Schule zu verbessern und auszubauen. Denn Schule ist

All diese Initiativen und Verbesserungen sind letztlich nicht das Ergebnis des Wirkens von Regierung und Parlament allein. Die gute und breite Anerkennung der Leistungen der Jugendhilfe in NRW sind vor allem das Ergebnis des Wirkens der freien Träger. Sie sind es, die der Kinder- und Jugendhilfe in NRW und bundesweit das spezifische unverwechselbare Gesicht geben.

Wir tun gut daran, gerade die Leistungen und das Engagement der freien Träger immer wieder in den Blick zu nehmen. Denn durch ihre Arbeit fangen sie junge Menschen in schwierigen Lebenslagen auf und verstehen es, rasch und zielgenau sich auf neue Formen und Aufgaben einzustellen.

Ich wünsche uns allen, dass – auch in diesen schwierigen Zeiten der gesellschaftlichen Veränderungen – Sie als Sprachrohr und Sachwalter der nachwachsenden Generation wirken. Denn diese jungen Menschen brauchen Sie. Das Jugendministerium des Landes Nordrhein-Westfalen wird Sie dabei weiter unterstützen und fördern.





Heinrich Alt,

Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit

„Wir machen es Ihnen derzeit nicht einfach“

HERZLICHEN DANK für die Einladung, der ich gerne folge, weil ich die Gelegenheit habe, auch im Namen des gesamten Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit Ihnen für die Arbeit zu danken, die Sie leisten, insbesondere für die Arbeit, die Sie leisten im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit, und auch zu danken für eine – wie ich glaube – langjährige, gute, enge und auch erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ich weiß, wir machen es Ihnen derzeit nicht einfach, wir machen es uns beiden derzeit nicht einfach, aber ich glaube, die Probleme, die wir haben, sind mit Unterstützung der Politik sicher auch lösbar. Betreuen, Bilden, Brücken bauen ist Ihr Motto. Sie vereinen darunter fachkundiges Management sozialer Dienste, soziale Betreuung, moderne Aus- und Weiterbildung, zielgruppengerechte Vermittlung auch von Qualifikationen für Ihre Hauptgruppe, nämlich die arbeitslosen Jugendlichen, und das in einer Zeit, in der der Sozialstaat des 20. Jahrhunderts sicher zur Debatte, wenn nicht zur Disposition steht.

Was sind die Stichworte dieser Debatte? Auf der einen Seite Abbau, Privatisierung, Deregulierung. Auf der anderen Seite Stärkung von Gemeinsinn, bürgerschaftliche Mitwirkung und Selbsthilfe.

Viele europäische Staaten sind, wenn ich das richtig beobachte, genau wie die Bundesrepublik Deutschland derzeit dabei, eine neue Balance zu finden zwischen den Rechten des Sozialstaatsbürgers und seinen Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, zwischen dem Thema Zwang und Freiwilligkeit und dem Thema Leistung und Gegenleistung.

6,3 Millionen Menschen pünktlich die Leistungen zum Lebensunterhalt zu zahlen, kann nicht der Hauptinhalt und der Hauptauftrag des Gesetzes sein.

Ich will einige wenige Sätze sagen zum Sozialgesetzbuch II und auch zur öffentlichen Debatte, die derzeit geführt wird. Herr Clement hat ja zu Recht darauf hingewiesen, wir haben jetzt den sechsten Monat des von vielen als Jahrhundertreform bezeichneten Systemwechsels angefangen und man kann sicher noch nicht die Hoffnung haben, dass das ein eingespieltes, hochprofessionelles System ist, das alle Leistungen und Erwartungen erfüllt, die man zu Recht an ein solches System und die, die den Auftrag haben, die Leistungen zu erbringen, hat.

Und ich bin mit vielen Kritikern der Meinung, an 6,3 Millionen Menschen pünktlich die Leistungen zum Lebensunterhalt zu zahlen, kann nicht der Hauptinhalt und der Hauptauftrag des Gesetzes sein.

Das ist sicher auch ein Punkt, der wichtig ist, aber wir wollen ja nicht den Leistungsbezug perfektionieren, sondern wir wollen die Menschen aus der sozialen Sicherung herausführen und – wenn es denn irgendwie geht – so herausführen, dass sie durch eigene Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt auch finanzieren können. Die Leistungsgewährung funktioniert. Aber die Integration ist massiv notleidend.

Der zentrale Punkt ist für mich, woran denn gemessen wird, dass die Integration notleidend ist; was ist der Maßstab, an dem wir erkennen können, dass derzeit die Leistungen noch nicht erfüllt werden, die gewünscht sind. Und da sehe ich bei vielen Kritikern den Maßstab nicht deutlich vor Augen.

In diesem System ist erhebliche Bewegung drin.

Ich will deshalb auf ein paar Punkte hinweisen, die uns in den ersten fünf Monaten gelungen sind und die Kommunen und Bundesagentur für Arbeit zu Recht vielleicht auch ein Stückchen stolz machen auf das, was bisher geleistet wurde. Es ist so, dass wir seit Januar 6,3 Millionen Menschen in diesem System haben und das System sich nicht bewegt. Wir haben allein im Monat Mai 240.000 Arbeitslose, Empfänger von sozialer Grundsicherung, aus der Arbeitslosigkeit in diesem System herausgeführt und davon immerhin 110.000 in Erwerbstätigkeit. Also 110.000 Empfänger von sozialer Grundsicherung, haben im Monat Mai eine Erwerbstätigkeit aufgenommen. Natürlich ist auch ein bisschen Wasser im Wein: 40.000 sind in einen Zusatzjob gegangen, aber auch das ist Erwerbstätigkeit und ist im Zweifelsfall integrationsfördernder, als nichts zu tun. Zusatzjobs können einen Beitrag dazu leisten, dass Menschen wieder integriert werden können. 70.000 sind im Mai auf den ersten Arbeitsmarkt gekommen.

Thema Jugendliche: Ein Thema, das sicher Sie als Fachpublikum und Experten besonders interessiert. Seit Anfang dieses Jahres haben von den schon genannten 660.000 arbeitslosen Jugendlichen 250.000 die Arbeitslosigkeit verlassen. Davon die Mehrheit durch Aufnahme von Ausbildung und Beschäftigung. Natürlich fällt das bei der Verkündung von Bestandszahlen nicht so auf. 660.000, jetzt 560.000. Aber wir müssen immer wieder darauf aufmerksam machen, in diesem System ist erhebliche Bewegung drin. Und erhebliche Bewegung, die auch die Langzeitarbeitslosigkeit bei Jugendlichen ver-



hindert und dazu beiträgt, dass Jugendliche eine Chance bekommen auf Ausbildung und Beschäftigung. Wir sollten dieses System nicht starr sehen, sondern in den Bewegungen, die dahinter stehen. Und ich glaube, wir können noch mehr erreichen. Wir hatten erfreulicherweise einen Rückgang allein der Jugendarbeitslosigkeit im Mai von 42.000 und wir werden an diesem Thema intensiv arbeiten.

Was sind die Bremsen derzeit bei der Jugendarbeitslosigkeit oder bei der Jugendbeschäftigung überhaupt? Wir sehen, dass die Erwerbsneigung junger Menschen in den letzten Jahren abgenommen hat. Wir sehen, dass sich die Altersstruktur der Auszubildenden massiv verändert. Wir haben derzeit einen Ausbildungsbeginn im Durchschnitt von 19 Jahren. Es ist in den letzten Jahren immer später geworden. Wir haben ein duales System inzwischen für Erwachsene, nicht mehr für Jugendliche. Wenn man den Blick nach Österreich wirft, dort beginnt der Jugendliche im Durchschnitt mit 16 Jahren, in Deutschland mit 19 Jahren. Das hat auch etwas damit zu tun, dass im Gegensatz zu Österreich viele Abiturienten das System nutzen. Denn wir wären in unserem Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche trotz der so genannten geburtenstarken Jahrgänge ja gar nicht so schlecht, wenn jeder die Angebote, die es gibt, nur einmal nutzen würde. Wir haben derzeit 980.000 Absolventen der Allgemeinbildenden Schulen und wir haben, wenn man das zusammenrechnet – duales System, schulische Ausbildung, Fachhochschulangebote, Hochschulangebote –, für einen Jahrgang von 980.000 insgesamt 1,1 Millionen Angebote zur beruflichen Ausbildung.

Und warum passt dieses System nicht? Es passt in erster Linie deshalb nicht, weil viele Jugendliche – und das habe ich überhaupt nicht zu verurteilen – zwei dieser Angebote nutzen und andere Jugendliche damit keine Chance haben, ein Angebot zu nutzen. Und das ist eine Herausforderung, der wir uns auch stellen müssen. Auch unter der Frage, haben wir hier die richtigen Anreizsysteme? Müsste nicht zumindest beim Thema Studiengebühren darüber nachgedacht werden, ob einer, der ein Angebot schon genutzt hat, wenn er dann ein zweites nutzt, zumindest einen gewissen Eigenbeitrag dazu bringen muss, dieses zweite Angebot zu nutzen – auch im Interesse der Jugendlichen, die derzeit leer ausgehen? Die Zahl der registrierten arbeitslosen Jugendlichen und derer, die einen Ausbildungsplatz suchen, ist nach wie vor auf hohem Niveau. Und wir haben auf dem Ausbildungsstellenmarkt natürlich regionale und berufsfachliche Missmanagementprobleme.

Es gibt noch Potenziale, die derzeit nicht genutzt werden.

Ich will einen Punkt nur nennen bei aller Suche nach Ausbildungsmöglichkeiten. Wir haben im letzten Jahr 1500 Ausbildungsplätze in der deutschen Landwirtschaft nicht genutzt. Es gibt also auch noch Potenziale, die derzeit nicht genutzt werden, die durchaus zu Berufsabschlüssen führen, die marktgängig sind. Damit ist also darauf hingewiesen auf den hohen Anteil derer, die ohne allgemeinbildenden Abschluss die Schulen verlassen. Wir haben bedauerlicherweise im System der dualen Ausbildung 20 Prozent Ausbildungsabbrecher. Auch das ist ein Klientel, das in der Regel wieder auf die Agenturen zukommt und auch in vielen Fällen mit dem IB wieder in Ausbildung zurückgeführt wird. Und wir haben sicherlich

derzeit eine Fülle von Jugendlichen, denen die Kompetenzen fehlen, um eine Ausbildung erfolgreich zu durchlaufen, oder wo wir die Kompetenzen, die sie haben, nicht erkennen.

Neben den lern- und ausbildungsbeeinträchtigten Jugendlichen haben wir bei knappem Lehrstellenangebot natürlich auch Jugendliche, die eine schlechte Wettbewerbsposition haben. Das heißt, die benachteiligten Jugendlichen derzeit überhaupt, wenn man denn so will, sind Hauptschüler mit einem mittelmäßigen Zeugnis. Diese haben die geringsten Chancen auf eine nicht geförderte Ausbildung, aber sie erfüllen nicht die Voraussetzung, um eine geförderte Ausbildung zu bekommen, wie lernbehinderte oder benachteiligte Jugendliche. Und diese Gruppe, das ist die Gruppe, die mir die größten Sorgen macht bei der Unterbringung auf dem Arbeitsmarkt, weil sie nicht lern- oder ausbildungsbenachteiligt ist, sondern marktbenachteiligt. Die gegenwärtige Marktsituation gibt ihnen kaum eine Chance. Und deshalb haben wir auch eine erhebliche Bugwelle auf dem Ausbildungsstellenmarkt. 40 Prozent derer, die sich in diesem Jahr für den Ausbildungsstellenmarkt zur Verfügung stellen, stammen nicht aus dem aktuellen Absolventenjahrgang, sondern aus Jahrgängen davor. Und die verschärfen natürlich die Situation. Denn wenn nur die aktuellen Schulabgänger suchen würden, hätten wir es auf dem Ausbildungsstellenmarkt sicherlich derzeit ein gutes Stück leichter.

Wir müssen eine signifikante Wirkung beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit erzielen

Die Situation ist nach wie vor angespannt, ohne Frage. Das Angebot an Ausbildungsplätzen ist unter dem des Vorjahres. Ich bin aber hoffnungsvoll, dass wir trotzdem ein besseres Ergebnis erreichen als im Vorjahr. Das Schlimmste, was uns gesellschaftspolitisch passieren könnte, wäre, wenn es uns nicht gelingt, den Nachwuchs an Arbeitslosen zu stoppen. Ja wenn sogar in den Großstädten die Gefahr bestehen sollte, dass sich Armutskulturen, Parallelgesellschaften mit einem völlig veränderten Wertesystem entwickeln. Und ich glaube, wir sind von dieser Gefahr nicht allzu weit weg.

Was können wir tun? Der finanzielle Rahmen ist von Herrn Clement schon dargestellt worden. Wir werden in diesem Jahr 6,8 Milliarden Euro zur Verfügung haben für die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt. Eine gewaltige Summe, die auch eine Wirkung haben muss, sonst haben wir wirklich das Geld von Beitrags- und Steuerzahlern falsch investiert. Wir müssen damit eine signifikante Wirkung beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit erzielen und wir haben auch noch Luft.

Herr Köbele, Sie haben angemerkt, wir sind zurückgegangen in dem, was die Bundesagentur für Arbeit tut. Jawohl, das ist richtig. Wir haben auch weit weniger Mittel zur Verfügung, 4,4 Milliarden Eingliederungstitel. Wir werden in diesem Jahr unser Geld ausgeben. Dafür kann ich garantieren.

Wenn ich mal einen Blick werfe auf die Arbeitsgemeinschaften, dort stehen für aktive Arbeitsmarktpolitik 6,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Wir haben von den 6,5 Milliarden derzeit noch keine zehn Prozent ausgegeben. Wir haben 1,7 Milliarden gebunden von 6,5 Milliarden. Deswegen gilt es jetzt wirklich, schnell den Arbeitsge-

meinschaften Angebote zu unterbreiten, die helfen, Jugendliche und Erwachsene in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Angebote, die dazu beitragen, ihn wirklich nahe an Ausbildung und Beschäftigung zu bringen oder in Ausbildung und Beschäftigung.

Wir haben von den 6,5 Milliarden derzeit noch keine zehn Prozent ausgegeben.

Wir haben aber vielleicht auch hier und da die eine oder andere Arbeitsgemeinschaft, die immer noch eine Produktionstiefe anstrebt von hundert Prozent und alles selbst machen möchte. Das ist in der jetzigen Zeit die falsche Strategie. Wir müssen parallel arbeiten und wir müssen mit bewährten Trägern gemeinsam arbeiten. Und es ist für mich geradezu tragisch, dass wir eine Situation haben, in der in den Arbeitsgemeinschaften jede Hand gesucht wird, und auf der anderen Seite Bildungsträger in der Situation sind, qualifizierte Integrationsexperten in die Arbeitslosigkeit entlassen zu müssen.

Wir müssen mit bewährten Trägern gemeinsam arbeiten.

Das kann man so nicht hinnehmen und man muss darauf reagieren. Und wir haben als letzte Möglichkeit auch den Arbeitsgemeinschaften zum Beispiel die Möglichkeit eingeräumt, mit Arbeitnehmerüberlassung zu arbeiten. Viele Bildungsträger haben die Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung und können auch befristet Menschen in die Arbeitsgemeinschaft geben, weil die Aufträge an Dritte von unserer Seite und auch von Seiten der Träger teilweise zu Recht kritisch betrachtet werden. Wenn wir uns der Arbeitnehmerüberlassung bedienen, sind diese Probleme weg, weil die überlassenen Menschen genauso zählen wie eigene Mitarbeiter und wir können damit besser arbeiten. Ich kann Sie und Ihre Mitstreiter nur auffordern, den Arbeitsgemeinschaften Angebote zu unterbreiten, damit wir wirklich die Bewegung hinbekommen, die wir brauchen.

Ich kann Sie und Ihre Mitstreiter nur auffordern, den Arbeitsgemeinschaften Angebote zu unterbreiten.

Was können wir noch tun? Wir müssen natürlich so früh wie möglich einsetzen, damit der Reparaturbetrieb kleiner wird. Wir müssen an der richtigen Stelle investieren. Das ist preiswerter, als nachher mühsam Dinge wieder aus dem Brunnen zu ziehen, die dort nicht hineinfallen hätten müssen. Wir brauchen an unseren Schulen eine Art Frühwarnsystem für diejenigen, die Integrationsprobleme haben. Und wenn dieses Frühwarnsystem funktioniert, müssen wir auch früh intervenieren.

Wir brauchen neue, unkonventionelle Einstiege. Ich bin dankbar für das Angebot der Einstiegsqualifizierung, weil wir mit vielen Betrieben gemeinsam Zweifel haben, ob der Jugendliche wirklich geeignet ist und seine Ausbildung durchhält. Wenn der Betrieb diesen Jugendlichen ein halbes Jahr gesehen hat, können häufig diese Zweifel

beseitigt werden. Wir brauchen natürlich eine enge Kooperation und Vernetzung mit den regionalen Akteuren.

Wir müssen vieles tun in der sozialen Stabilisierung und der Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen. Wir brauchen auch im Vorfeld erst mal die Voraussetzung dafür, mit dem Jugendlichen über Ausbildung und Beschäftigung zu reden. Viele dieser Jugendlichen haben ja schon erfolglose Maßnahmenkarrieren hinter sich. Und diesen Jugendlichen, die in drei Maßnahmen die Integration nicht geschafft haben, zu sagen, jetzt machen wir die vierte und die bringt's, das ist pädagogisch schwer zu übersetzen.

Wir brauchen aber auch neue Angebote für diese Jugendlichen. Hier sind Jugendliche darunter, die im Regelfall erst um 12 Uhr mittags aufstehen, weil der Tag erst nachts um 12 Uhr beginnt, wenn alle schon längst im Bett liegen. Wir müssen überlegen, wie wir überhaupt noch an diese Jugendlichen herankommen und Maßnahmen konzipieren, vielleicht gar nicht unter dem Begriff „Maßnahme“, der ist auch verbrannt. Wir müssen Angebote konzipieren, bei denen der Jugendliche für sich das Gefühl hat, das halte ich durch, das hilft mir, das bringt mich einer Ausbildung näher, damit habe ich Erfolg.

Denn viele Jugendliche, die langzeitarbeitslos sind, haben für sich selbst den Glauben längst aufgegeben, dass sie in dieser Gesellschaft noch gebraucht werden. Und das ist das Schlimmste, dass diese Gesellschaft zwar bereit ist, ihn zu finanzieren, aber nicht mehr bereit ist, ihm eine Aufgabe und eine Herausforderung zu geben. Und ich denke, diesen Glauben müssen wir den Jugendlichen wieder vermitteln, dass die Gesellschaft sie braucht, dass wir an sie glauben und dass wir in sie investieren. Wenn wir das den Jugendlichen gut und geschickt übersetzen, dann haben wir eine Chance, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und nicht nur neue Maßnahmenkarrieren zu erzeugen.

Das Ziel ist klar, das Ziel ist auch von Ihnen, Herr Bundesminister, klar genannt worden. Wir möchten am Ende des Jahres sagen können, kein Jugendlicher ist länger als drei Monate ohne ein integrationsförderndes, auf seine speziellen Problemlagen und Talente abgestelltes Angebot. Das sagt sich leicht, ist aber eine Riesenaufgabe. Und wir können diese Aufgabe nur gemeinsam mit den Kommunen, mit den Bildungsträgern, mit der Wirtschaft, mit vielen anderen Akteuren lösen. Die Mittel dafür, dies zu erreichen, sind auch vorhanden. Wir können mit dem Geld, das da ist, eine Million Angebote für Jugendliche organisieren. Das ist eine Menge!

Und ich glaube, die Arbeitsgemeinschaften sind schon ein Stück weit konsolidiert und gefestigt. Sie sind dabei, sich zu professionalisieren, die Infrastruktur steht weitgehend. In der Qualifikation haben wir eine Menge getan und werden wir noch eine Menge tun. Aber ich glaube, wir kommen hier immer mehr auch zu integrationsfördernden Einrichtungen gemeinsam mit den Kommunen und wir sollten sehr schnell mit den Arbeitsgemeinschaften gemeinsam dieses Thema auch angehen, sofern es nicht schon geschehen ist.

Ich habe den IB immer als eine Institution erlebt, die nicht die Dunkelheit beklagt, sondern im Zweifelsfall Lichter anzündet. Und das wünsche ich mir auch für die Zukunft. Ich glaube, da können wir die Herausforderung auch erfolgreich gemeinsam angehen.

Ich habe den IB immer als eine Institution erlebt, die nicht die Dunkelheit beklagt, sondern im Zweifelsfall Lichter anzündet.



Prof. Dr. Thomas Rauschenbach,
Leiter des Deutschen Jugendinstituts

Jugend – ein blinder Fleck der Politik?

Herausforderungen für ein Zukunftsprojekt

VERMUTLICH WIRD SICH hier im Raum wenig Widerspruch regen, wenn ich die These formuliere: Um Jugend und Jugendpolitik ist es in Deutschland auffällig still geworden. Jugend ist kein übergreifendes Thema mehr, eine eigenständige Jugendpolitik ist meines Erachtens gegenwärtig nicht erkennbar, auch wenn in der Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Jugend natürlich immer wieder eine Rolle spielt. Und Jugendpolitiker – die sich als solche zu erkennen geben und diesen Namen auch verdienen – sind ebenfalls nicht gerade in üppiger Zahl zu finden. Desgleichen tun sich auch Ministerien und Parteien in ihrer aktuellen Arbeit – unabhängig von ihrer politischen Couleur – mit dem Thema Jugend ausgesprochen schwer. Wir reden über Krisen des Arbeitsmarktes, der Demographie, der Familie und der fehlenden Kinderbetreuung, wir reden über Probleme der Bildung, aber wir reden nicht unmittelbar über die Jugend, über deren Lage und Probleme, obgleich natürlich PISA und die Bildungspolitik, obgleich die Frage von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen selbstverständlich unmittelbar mit Jugend zu tun haben. Jugend jedoch als eigene Lebensphase, als Herausforderung eigener Art, als integrierender Blick auf eine spezielle biographische Lebensphase ist derzeit so gut wie kein Thema (und selbst die lange Zeit wichtigste Jugendstudie, die Shell-Studie, wird es künftig nicht mehr geben).

Gegenwärtig beschäftigen wir uns mit den Problemen zu geringer Geburtenziffern, mit der frühen Kindheit, der elterlichen Erziehungskompetenz und der Kinderbetreuung, mit nachhaltiger Familienpolitik oder auch mit Fragen der Ganztagsbetreuung im frühen Schulalter (also in der Altersgruppe der unter 14-Jährigen – und damit im Kindesalter). Dies sind zweifellos alles durchweg wichtige und lange sträflich vernachlässigte Themen. Aber das Thema Jugend, geschweige denn im Rahmen einer eigenständigen Jugendpolitik, sehe ich im Moment – jenseits minimaler pflichtgemäßer Verlautbarungen – nicht gerade als den „Bringer“ fachlich-öffentlicher Diskurse. Wer über Jugend redet, scheint „mega-out“ zu sein.

Jugend als eigene Lebensphase ist derzeit so gut wie kein Thema. Wer über Jugend redet, scheint „mega-out“ zu sein.

Warum ist das so? Hängt es einfach nur damit zusammen, dass wir nicht mehr wissen, wo Jugend, genauer: wo das Jugendalter anfängt und – noch viel schwerer – wo es aufhört? Zumindest ist kaum noch klar, von welcher Altersgruppe unter dem Etikett ‚Jugend‘ eigentlich die Rede ist. Die Jugendphase, historisch als Übergang zwischen „Schule und Kasermentor“ entstanden, traditionell als

Ablösungsphase von der Herkunftsfamilie, als psychosoziales Moratorium zwischen Kindheit und Erwachsenenstatus, als Pubertät oder als Phase des Übergangs von der allgemeinen Bildungs- in die berufliche Ausbildungsphase verstanden, ist längst nicht mehr eindeutig zeitlich und altersmäßig einzugrenzen. Die „Altersphase“ Jugend wird im Hausgebrauch ebenso wie in der Gesetzgebung immer wieder unterschiedlich verwendet: So werden ältere Kinder deutlich früher als vor 30, 40 Jahren mit Sachverhalten und Themen konfrontiert, die uns dazu veranlassen, von einer „Vorverlegung“ des Jugendalters zu sprechen, also nicht erst mit 14 Jahren, wie es das Gesetz vorsieht; und zugleich ist immer weniger klar, bis wann diese Phase eigentlich reicht – bis zum Alter von 18, bis 21 oder – wie etwa im Kinder- und Jugendhilfegesetz – unter bestimmten Umständen sogar bis 27 Jahre? Sonst wäre übrigens, dies nur am Rande, Arbeitslosigkeit definitiv überhaupt kein spezifisches Jugendproblem, wie sich noch zeigen wird. Anders gefragt: Geht es in Sachen Jugend mithin um Alter, um Status, um mentale Entwicklung (Reife), um Erwachsensein, geht es um Rechte und Pflichten oder um die Ablösung und Unabhängigkeit vom Elternhaus und vom Herkunftsmilieu?

Ich will mich vor diesem Hintergrund dem Thema Jugend in fünf Schritten nähern. Zunächst werde ich mich mit der „strukturellen Krise“ der Generationenlage „Jugend“, ihrem latenten Verschwinden beschäftigen, die zeigen soll, dass wir jenseits konkreter Lebenslagen und Benachteiligungen im Jugendalter uns über unser Selbstverständnis, unseren Umgang mit dem Thema Jugend in der heutigen Gesellschaft verständigen müssen, da uns ansonsten droht, dass sich das Thema bis zur Unkenntlichkeit auflöst. Danach werde ich in einem Dreischritt die drei biographischen Lebenslagen Schule/Bildung, Ausbildung/berufliche Bildung und Arbeitsmarkt/Beruf jeweils in einer empirischen Vergewisserung insbesondere der Schattenseiten in den Mittelpunkt rücken. Und in einem kurzen Schlussabschnitt gilt es dann bilanzierend nach den anstehenden Herausforderungen zu fragen.

1. Die strukturelle Krise der Generationenlage Jugend, oder: Vom Verschwinden der Jugend

Ich habe es bereits angedeutet: Um „Jugend“ ist es inzwischen eigenartig still geworden. In Abwandlung der berühmt gewordenen These von Neil Postman, der vom „Verschwinden der Kindheit“ gesprochen hat, könnte man fast geneigt sein, mit Blick auf die aktuelle Situation von einem „Verschwinden der Jugend“ zu sprechen. Ich möchte zunächst einmal diesen Befund unter dem Blickwinkel einer „strukturellen Krise“ der Generationenlage „Jugend“ in einigen Punkten beleuchten, hat er doch viel damit zu tun, wie Politik, Medien und Öffentlichkeit gegenwärtig mit Jugend umgehen.

Erstens: Vielleicht ist Jugend deshalb zurzeit kein so aufregendes Thema, weil sie selbst stiller geworden ist, weil sie momentan selbst keine eigenen Themen, Bewegungen, Sichtweisen, Stile hervorbringt, weil sie selbst nicht mehr eigenständig politisch artikuliert. Jugend steht heute nicht mehr unbedingt für eine kompromisslose Kritik der bestehenden Verhältnisse – egal, ob sie nun überzogen oder in ihren Ansprüchen grenzenlos ist. Es sind keine offenen Generationenkonflikte mehr zu sehen – weder im privaten noch im öffentlichen Raum –, kein massenhafter Protest einer rebellischen Generation, die alles oder vieles anders machen möchte, artikuliert sich mehr. Jugend legt gegenwärtig nicht den Finger in die offenen Wunden bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse, geißelt nicht in die billigend in Kauf genommenen Nebenwirkungen geld-, markt- und konkurrenzbasierter Gegenwartsgesellschaften, in die Ungerechtigkeitspotenziale politisch in die Defensive geratener Gesellschaften (diese werden eher von „zornigen, alten Männern“ „geißelt“).

Jugend erscheint weder aufmüpfig noch depressiv.

Mit anderen Worten: Jugend wurde in Deutschland immer dann zu einem politisch und öffentlich beachteten Thema, wenn Protest, Rebellion oder „Probleme“ artikuliert wurden, wenn die Integration der nachfolgenden Generation in das bestehende bundesdeutsche System in Frage zu stehen drohte, wenn eine gewisse gesellschaftliche „Normalität“ oder gar die Zukunftsfähigkeit bedroht zu sein schien, sei es nun in puncto Zukunft der Demokratie in Deutschland oder aber der wirtschaftlichen Entwicklung und des ökonomischen Wohlstandes. Ich glaube, man kann es kaum bestreiten, dass sich die jungen Menschen in der Gegenwartsgesellschaft mehrheitlich unauffällig integrieren und dass sie daher, wenn sie nicht auf sich aufmerksam machen, auch keine besondere Beachtung jenseits ihres Konsumentenstatus erfahren. In der heutigen Zeit jedenfalls wäre es wenig vorstellbar, dass der Bundestag – wie in den frühen 80er-Jahren – eine Enquete-Kommission zum „Jugendprotest im demokratischen Staat“ einsetzt. Jugend kommt „uns Älteren“ und von außen betrachtet heutzutage eher unauffällig und angepasst vor, sie erscheint weder aufmüpfig noch depressiv.

Zweitens: Eine weitere Möglichkeit, sich als „Jugend“ ins Gespräch zu bringen, sich von der Erwachsenen-Generation abzugrenzen und sich als eigene Lebensphase zu konturieren, war immer dann gegeben, wenn „Jugend“ zum Transporteur, zum Realisator neuer Themen und Inhalte, neuer Lebensstile, neuartiger, attraktiver Visionen und Utopien wurde. Auch dies erzeugte Aufmerksamkeit und machte Jugend für die Medien, Politik und Öffentlichkeit, für die Erwachsenen-Generation interessant. Aber auch diesbezüglich gilt: „Jugend“ würde man im Moment wohl kaum als das Zentrum der Innovation, als Träger einer Vision, einer anderen, besseren Gesellschaft bezeichnen. Jugendbewegungen, Jugendkulturen trugen in der Bundesrepublik wesentlich zu gesellschaftlichen Veränderungen bei, in puncto Politik und Demokratie genauso wie mit Blick auf Musik, Kunst oder neue Lebensformen. Und darin schwang meistens eine politische Botschaft mit und hat oft auch politisch zu etwas Neuem geführt.

Vielleicht taten junge Menschen dies zunächst stärker in Abgrenzung zur Eltern-Generation, spätestens in den

70er- und 80er-Jahren war dieser in die Zukunft weisende Aufbruch aber auch themengebunden: Gleichberechtigung, Frieden und Ökologie waren zentrale Forderungen und Ideale, die auch und vor allem von Jugendlichen transportiert wurden. Daran gemessen wirkt die Jugend gegenwärtig eher uninspiriert und unauffällig, weil – das zeigen auch die einschlägigen Jugendstudien immer wieder – es unter den Jugendlichen einen relativ hohen Konsens mit der politischen Verfasstheit der Bundesrepublik und eine relativ hohe Zufriedenheit mit der eigenen Lage gibt und eben weniger Gegenentwürfe zu Lebensstil und Lebenszielen ihrer Eltern-Generation oder zu bestimmten gesellschaftlich vorherrschenden Werten bestehen. Vielleicht bietet aber auch die 68er-Eltern-Generation mit all ihren ambivalenten eigenen biographischen Erfahrungen in puncto Lebensstil, Moralität, Politik, Kultur etc. einfach nicht so viel Abgrenzungsbedarfe und Selbstprofilierungspotenziale wie eine Generation, die den Nationalsozialismus und einen Krieg hinter sich hatte.

Jugend ist aber unbestreitbar auch heute ein Motor von Fortschritt, etwa als Triebkraft des Computerzeitalters, der flexiblen Mediennutzung oder der Beherrschung verschiedenster Kommunikationsmedien. Nur scheint dieser Fortschritt die Gesellschaft eher technisch als politisch zu verändern. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Ich möchte hier nicht das Bild einer desinteressierten, unpolitischen Generation zeichnen – die Resonanz des evangelischen Kirchentags in Hannover oder die ungebrochen große Bereitschaft Jugendlicher zum ehrenamtlichen Engagement sind durchaus Beispiele der bestehenden Beteiligung und Einmischung von Jugendlichen. In der Form aber greifen sie heute möglicherweise auf wenig differenzbildende, effektvolle Stile zurück. Bei Erwachsenen Angst und Schrecken auslösende Ideen, Formen und Stile sehe ich jedenfalls ebenso wenig wie eine neue zukunftsweisende Jugendbewegung.

Jugend ist aber unbestreitbar auch heute ein Motor von Fortschritt.

Drittens: Lange Zeit wurde „Jugend“ mit sozialem Wandel, wurde Jugend mit Zukunft von Gesellschaft schlechthin gleichgesetzt (wie dies der Philosoph Ernst Bloch gerne mit Bezug auf die Bauernkriege als Sinnbild konkreter Utopie formuliert hat: „Geschlagen zieh'n wir nach Haus', die Enkel fechten's besser aus“). Und auch diese Art des Zukunftsprojekts, bei dem Jugend gewissermaßen stellvertretend für die ganze Gesellschaft als Inbegriff des sozialen Wandels, als Synonym und Motor für diesen Wandel steht, scheint mir heute ebenfalls keine Gültigkeit mehr zu besitzen. Wenn der gesellschaftlich derzeit am meisten diskutierte politische „Zukunftsentwurf“ die Reformagenda 2010 ist und sich die sonstigen Zukunftsdebatten fast durchweg auf die Schattenseiten der demographischen Horrorszenarien beschränken, dann ist Zukunft kein positiv besetzter Fluchtpunkt mehr, dann hat sie ihre utopische Sprengkraft eingebüßt. Und das führt infolge dieser Gleichsetzung von Wandel, Zukunft und Jugend fast automatisch zu einer Entzauberung von Jugend; sie wird weder als Bote einer neuen Welt idealisiert noch als drohender Untergang des Abendslandes dämonisiert. Sie taugt einfach nicht mehr als Triebfeder der Erneuerung, als Sinnbild einer besseren Zukunft. Vielleicht muss man deshalb aber auch richtigerweise sagen: Eine Gesellschaft, die keine Zukunftsvisionen,

keine Vorstellung vom Besseren mehr hat – und dies ist offenkundig augenblicklich der Fall –, steht in der großen Gefahr, ihre Jugend einfach zu vergessen, sie schlicht aus dem Blick zu verlieren.

Eine Gesellschaft, die keine Zukunftsvisionen mehr hat, steht in der großen Gefahr, ihre Jugend einfach zu vergessen.

Viertens: Aufgrund der so genannten „Entstrukturierung“ von Jugend, also einer zeitlichen Entzerrung und sachlichen Entkoppelung von jugendtypischen Statuspassagen, ist es mittlerweile noch weniger zu rechtfertigen, von *der* Jugend zu sprechen, sowohl im Sinne einer Altersgruppe als auch als Sinnbild spezifischer Problemlagen. Die Wirkkraft des Begriffs Jugend ist dramatisch erodiert. Es hat den Anschein, dass Kinder immer früher zu Jugendlichen werden, dass aber der Jugendstatus so zäh, zögerlich und fließend in den Erwachsenenstatus übergeht, dass seine Eigenheit, seine Differenz und Besonderheit zwischen Kindheit einerseits und Erwachsenenstatus andererseits, zwischen „Nicht-mehr-Kind“ und „Noch-nicht-Erwachsener“ sich zu verlieren droht.

Jugend ist längst nicht mehr eindeutig durch zeitliche und institutionell synchrone Übergänge in das Erwachsenenalter markiert. Wo früher Pubertät, das heißt die emotionale Entwicklung, die mentale Ablösung vom Elternhaus und die soziale Entdeckung der Welt außerhalb der Familie fast zusammenfielen und das Ende der Jugendphase mit dem Erreichen der ökonomischen Unabhängigkeit, der Einmündung in den Arbeitsmarkt und der zeitlich damit eng verbundenen Gründung einer Familie, also mit sichtbaren Insignien der bewältigten Statuspassage besiegelt wurde, das Jugendalter somit eine gemeinsame, wenige Jahre dauernde Zeit des Übergangs darstellte, zieht sich diese Lebensphase des Übergangs, der ungeschlossenen Phase der eigenständigen Lebensführung heute oft ein bis zwei Jahrzehnte hin. Und so verlieren sich derartige Fragen in vielen unterschiedlichen, sektoralen Herausforderungen, ohne dass sie sich zu einer gemeinsamen kollektiven Erfahrung verdichten, die dieser Generation eine eigene, unverwechselbare Identität verleiht, die sie unterscheidbar macht von der Erwachsenenwelt ebenso wie von früheren Generationen.

Jugend hat keine klare Trennlinie mehr zur Abgrenzung als etwas Eigenes, als wahrnehmbares Kollektiv.

Vielleicht liegt ein großer Teil der geringen Aufmerksamkeit, die Jugend heute erfährt, darin, dass es sich dabei eben nicht mehr um ein einheitliches Ganzes handelt. So lässt sich der Jugend heute kein öffentlichkeitswirksames Etikett mehr anhängen, wie sie denn ist oder sein sollte (aus Sicht von Erwachsenen, die sich schon lange für die „besseren“ Jugendlichen halten), weil sich auch die Jugendphase ausdifferenziert hat und allem Anschein nach der Begriff „Jugend“ allein kein integrierendes Moment mehr darstellt. Jugend hat keine klare Trennlinie mehr zur Abgrenzung als etwas Eigenes, als

wahrnehmbares Kollektiv. Vermutlich gibt es heute bedeutsamere Zusammenhänge als das Schicksal einer zeitgleichen Geburt oder altersgleichen Erfahrung von Vorabendserien und Musikstilen, spielen differenzierende Faktoren wie soziale Herkunft, Geschlecht, Bildung sowie die heute stark zeitversetzt zu bewältigenden Entwicklungsaufgaben und Statuspassagen eine weit wichtigere Rolle im Heranwachsen als das gemeinsam geteilte Alter. Das Verknüpfende einer heranwachsenden Generation ist möglicherweise durch die Entstrukturierung der Jugendphase verloren gegangen und alle Versuche, Jugendliche wieder in Typen wie „die Egotaktiker“ oder die „pragmatische Generation“ zu pressen, werden der Realität einfach nicht gerecht.

Könnte man die bislang aufgeführten Punkte zusammengefasst als Gründe für eine Art „symbolischen Verschwindens“ der Generationenlage Jugend bezeichnen, so will ich in meinem letzten Unterpunkt noch einen Blick auf das vermeintliche „faktische Verschwinden“ der Jugend werfen, also auf die *Demographie*.

Fünftens: Entgegen vielfältiger Annahmen der drohenden Abnahme der nachwachsenden Generation – und das scheint mir ein wichtiger Befund zu sein – ist festzustellen, dass „Jugend“ vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in Deutschland in den nächsten zehn bis 15 Jahren jedenfalls ein wichtiges Politikfeld bleiben dürfte. Folgt man den gegenwärtigen öffentlichen Debatten, dann könnte man den Eindruck gewinnen, dass die Demographie eine klare Sprache spricht: die Jüngeren werden immer weniger, die „Alten“ immer mehr – und deshalb schwindet die Aufmerksamkeit gegenüber der Jugend. Aber: So einfach ist die Sachlage nicht. Zumindest nicht für die *alten* Bundesländer, die kommenden zehn bis 15 Jahre und das Jugendalter ab 16 Jahren an aufwärts. Auch wenn in den nächsten Jahren die neuen Bundesländer unübersehbar vor einem gewaltigen demographischen Umbruch stehen, sehen sich die alten Bundesländer zwei gegenläufigen Tendenzen ausgesetzt: Während wir hier bis 2015 von einer Abnahme der Heranwachsenden bis zum Alter von 16 Jahren ausgehen können, wird die Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen oberhalb von 16 Jahren im selben Zeitraum erst einmal noch zunehmen, jedenfalls nicht zurückgehen.

Konkret in Zahlen: In den alten Bundesländern wird bis zum Jahre 2015 sowohl die Summe der unter 20-Jährigen als auch der unter 25-Jährigen relativ konstant bleiben bzw. in den nächsten Jahren eher noch einmal leicht um bis zu zehn Prozent ansteigen. Selbst wenn man noch eine etwas schwächere Zuwanderungsrate einkalkuliert, bleibt dieser Befund insgesamt bestehen. Dies ist keineswegs trivial, bedeutet dies doch eine steigende beziehungsweise gleich bleibende Nachfrage nach Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsplätzen, verweist es doch auf einen zunächst mindestens gleich bleibenden Grundbedarf nach Unterstützung für junge Menschen.

Ganz anders demgegenüber die Entwicklung in den neuen Bundesländern: Hier wird sich die Zahl der Jugendlichen und jungen Menschen im Alter zwischen 16 und 20 Jahren bereits bis 2009 (gegenüber 2002) auf fast die Hälfte reduzieren, selbst bei der etwas höher eingeschätzten Zuwanderungsrate. Und die Altersgruppe der 16- bis unter 25-Jährigen wird in Absolutwerten von derzeit noch 1,66 Millionen auf 740.000 regelrecht abstürzen, eine Größenordnung, die in diesem Ausmaß beispiellos ist (und in Ostdeutschland dramatische Folgen für alle Dienstleister haben wird, die auf diese Altersgruppe spezialisiert sind).

Jugend ist unsichtbarer geworden, hat ihre Konturen verloren.

Als ein erstes Zwischenfazit heißt diese strukturelle Krise der Generationenlage Jugend und der Jugendpolitik:

1. Jugend ist unsichtbarer geworden, hat ihre Konturen verloren.
2. Jugend hat sich auch selbst ein Stück weit als eigene Gruppe (die sie in Reinform ja nie war) aus dem Gespräch gebracht.
3. Jugend hat ihre, oder vielleicht vorsichtiger: droht ihre Besonderheit als Übergangsphase, als Moratorium, als Lern- und Experimentierzeit zu verlieren. Wenn die Devise vom lebenslangen Lernen auch praktische Gültigkeit erlangt, dann ist Lernen, ist eine ungewisse Zukunft, ist Unabgeschlossenheit – eben Übergang – nicht mehr länger eine Besonderheit des Jugendalters. Zugespitzt formuliert: Jugend, jung sein, Übergang ist dann irgendwie immer und überall.
4. Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe und als querschnittshafte Zuständigkeit für die Gesamtbelange dieser Gruppe und Altersphase läuft insoweit fast notgedrungen ins Leere, verliert ihre identifizierbaren Adressaten, ihre generalistische Aufgabe, ihren spezifischen Reiz. Sie entpuppt sich deshalb nicht ohne Grund gegenwärtig – sofern sie überhaupt noch existiert – als sektorale, themenspezifische Jugendpolitik, eben also Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik oder als Jugendhilfepolitik.
5. Alle, die hoffen, die realen Probleme, die ja nach wie vor vorhanden sind in puncto Jugend, erledigen sich demographisch kurzfristig von alleine, werden in fataler Weise die anhaltenden Probleme der jungen Menschen im Westen dieser Republik unterschätzen; im Osten hingegen dürfte zugleich Jugend zu einem exklusiven, weil knappen Gut werden. Somit wäre es völlig verfehlt, sich in puncto Jugend entspannt zurückzulehnen und darauf zu warten, dass sich in den nächsten Jahren die Lage beispielsweise mit Blick auf Ausbildungsplätze und die Arbeitsmarktplatzierung entspannt.

Im Osten dürfte Jugend zu einem exklusiven, knappen Gut werden.

Dass dazu kein Anlass besteht, will ich in den drei folgenden, sich empirisch vergewissernden Teilen zeigen. Ich beginne mit der schulischen Bildung.

2. Die schulische Bildung und ihre Schattenseiten

Bildung ist ein Thema, mit dem man heute Wahlen gewinnen will. Dabei ragen noch immer die beiden PISA-Studien als deutlichste Mahnmale zu dieser Thematik hervor. Ursprünglich standen in dieser ganzen Debatte um die deutsche Schmach von PISA die schlechte Gesamtplatzierung deutscher Schüler beziehungsweise Jugendlicher sowie die großen Unterschiede zwischen den Leistungsschwachen und den Leistungsbesten im internationalen Vergleich als die alarmierendsten Resultate dieser Leistungsvergleichsstudie im Mittelpunkt. Doch

rasch hat – zumindest in Fachkreisen – der noch viel fatalere Befund einer ausgesprochen starken sozialen Selektivität des deutschen Bildungssystems für Aufregung und Empörung gesorgt, also der Fakt, dass in Deutschland der Bildungserfolg stärker mit der sozialen Herkunft zusammenhängt als in jedem anderen untersuchten Land. Das ist, man muss es wohl so deutlich formulieren, zuallererst ein Armutszeugnis für das hiesige Bildungssystem, für die deutsche zergliederte Bildungspolitik, aber auch für alle anderen Akteure, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, mithin auch die Kinder- und Jugendhilfe.

Das deutsche Schul- oder besser: Bildungssystem schafft es bis heute nicht – wie noch Mitte/Ende der 1960er- Jahre durch enorm ausgeweitete Bil- dungsanstrengungen erhofft –, den unter- schiedlichen sozialen Schichten und Milieus über den Weg der Bildung ver- gleichbare Lebenschancen einzuräumen.

Vor allem aufgrund dieser Befunde wurde das Augenmerk ungleich deutlicher auf die so genannten „Risikogruppen“ von PISA gelegt, also auf jene Schüler, deren Kompetenzniveau so gering war, dass sie mit massiven Problemen im Bildungssystem und – noch weit schlimmer – auch im späteren Lebensverlauf auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen hatten (und hierbei handelt es sich immerhin um etwa 20 bis 25 Prozent eines Jahrgangs, eine dramatisch hohe Zahl).

Das deutsche Schul- oder besser: Bildungssystem schafft es bis heute nicht – wie noch Mitte/Ende der 1960er-Jahre durch enorm ausgeweitete Bildungsanstrengungen erhofft –, den unterschiedlichen sozialen Schichten und Milieus über den Weg der Bildung vergleichbare Lebenschancen einzuräumen. Im Gegenteil: Konzentriert man seinen Blick auf die Schule als dem Zentrum der institutionellen Bildung in Deutschland, ist diese sogar Triebfeder für weitere soziale Differenzierungsprozesse (und dies macht sich nicht nur an unterdurchschnittlichen Schul- und PISA-Leistungen fest). Als markanteste Formen von Schulmisserfolg von Schülern, die auch biographisch weitreichende Konsequenzen haben können, lassen sich benennen:

(1) Die Wiederholung einer Klasse bzw. der Abgang auf eine nachgeordnete Schule im mehrgliedrigen Schulsystem: In Deutschland ist dies so häufig wie in kaum einem anderen Land in Europa der Fall – nur die Schweiz und Portugal kommen uns noch nahe. Auf die Gesamtzahl gerechnet bleiben jährlich etwa drei Prozent aller Schüler sitzen, wobei das Sitzenbleiben sich sehr stark nach Schulform differenziert (und die 2000er-PISA-Studie hat gezeigt, dass knapp 25 Prozent der befragten 15-jährigen Schüler schon mindestens einmal nicht versetzt worden sind).

(2) Die unterschiedlichen Formen der Schulverweigerung: Die Zahl der Schulverweigerer ist empirisch nicht präzise zu fassen, insbesondere dann nicht, wenn man aktive und passive Schulverweigerung berücksichtigen will. Auf der Basis der verschiedenen vorliegenden empirischen Studien wird von rund zwei Prozent regelmäßigen Schwänzern und noch einmal zwei Prozent Gelegenheits-

schwänzern ausgegangen – und zwar mehrheitlich Kinder im Alter zwischen 12 und 16 Jahren, weshalb hier schon erste Anfänge einer manifest werdenden prekären Bildungs- und Berufskarriere sichtbar werden.

(3) Das endgültige „Scheitern“ an Schule, also der Abschied von der Schule ohne Abschluss: So verlassen gegenwärtig pro Jahr etwa 80.000 bis 86.000 Jugendliche die Schule ohne einen Abschluss; das sind immerhin neun Prozent eines Examensjahrgangs.

Kinder starten in puncto Bildungschancen in Deutschland keineswegs bei Null.

Schaut man in Anbetracht dieser Ausgangslage auf die Verlierer des Bildungssystems – also auf die Risikogruppe bei PISA beziehungsweise auf die Schüler mit Schulproblemen –, so ist ein deutlicher sozialer Mechanismus erkennbar, der sich nach wie vor fundamental auf die Bildungsbiographien von Kindern auswirkt. Dieser lautet: Kinder starten in puncto Bildungschancen in Deutschland keineswegs bei Null, starten beileibe nicht alle mit den gleichen Voraussetzungen. Während die einen bereits bei der Geburt von ihrem Elternhaus ein gut angelegtes Sparbuch an Sozialkapital übertragen bekommen, das ihnen gewissermaßen sozial vererbt wird und für sie eine zumindest durchschnittliche Bildungsbiographie wahrscheinlich macht, haben diejenigen, die später deutlich erkennbare Schwierigkeiten im Schulsystem haben, in aller Regel zum gleichen Zeitpunkt von ihren Eltern nicht nur nichts geerbt – das ginge ja noch –, sondern sie haben zusätzlich eine soziale Hypothek, das heißt, um im Bild zu bleiben, durch ihren familiären Hintergrund soziale Schulden mit auf den Weg bekommen, die ihren Lebensweg kennzeichnen.

Auffällig ist deshalb der starke Zusammenhang zwischen den schwachen Schulleistungen beziehungsweise Schulproblemen und den Faktoren – erstens – der sozioökonomischen Lebenslage (also der Armut), zweitens der Migration und dem damit oft verbundenen unzureichenden Sprachvermögen sowie – drittens – sonstiger psychosozialer familiärer Probleme (wie fehlende familiäre Unterstützung, fehlende Normalität im Alltag, Probleme mit Sucht und Gewalt); und diese Faktoren können sich natürlich wechselseitig verstärken.

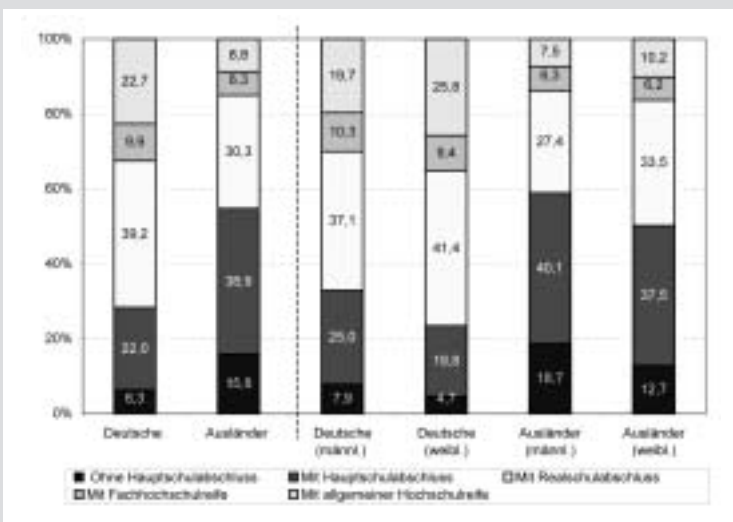
Die so genannte Risikogruppe der PISA-Studien, die in den verschiedenen Bereichen nur die erste oder nicht einmal die erste Kompetenzstufe erreicht, wird in beiden Studien 2000 und 2003 von knapp 25 Prozent der 15-Jährigen gebildet. Fragt man danach, wer sich dahinter verbirgt, dann sollte man zunächst einmal nicht aus dem Auge verlieren, dass immerhin jede zweite Person deutsche Eltern hat (also in Sachen Sprache keine zusätzlichen Eingangsbarrieren bestehen – und diese Erklärung allein nicht weiterhilft). Schaut man jedoch auf die prozentualen Anteile innerhalb der jeweiligen Teilpopulationen, so sind Migrantenkinder in dieser Risikogruppe deutlich überrepräsentiert: Nur sechs Prozent der „Ursprungs-Deutschen“, aber immerhin 14 Prozent der in Deutschland und sogar 25 Prozent der im Ausland geborenen Schüler aus Migrantenfamilien gehören zu der Risikogruppe. Das heißt nicht nur, dass jeder vierte Jugendliche von eigener Migrationserfahrung betroffen ist, sondern dass bei dieser Gruppe auch die Wahrscheinlichkeit viermal höher ist als bei einem deutschen Kind. Verstärkt werden die sozial differenzierenden Einflussfaktoren dadurch, dass der überwiegende Teil in dieser Gruppe männlich ist, die Haupt- oder Sonderschule besucht hat und dass Kinder aus Familien mit niedrigem Bildungsniveau und gering qualifizierten Berufen stark überrepräsentiert sind. Diese Befunde bestätigen sich, wenn man – in Ermangelung anderer Migrationskriterien der Schulstatistik – Schulabschlüsse nach Geschlecht und Nationalität differenziert. (Abb. 1)

Dabei zeigt sich, dass sechs Prozent der deutschen, aber fast 16 Prozent der Schüler anderer Nationalitäten 2003 die Schule ohne Abschluss verließen; eine Fachschul- oder Hochschulreife erlangten parallel dazu fast 33 Prozent der deutschen und nur 15 Prozent der ausländischen Schüler. Unterscheidet man diese Befunde jedoch noch einmal nach dem Geschlecht, dann zeigt sich doch sehr deutlich, dass mit nur fünf Prozent die deutschen Mädchen in Sachen fehlender Hauptschulabschluss noch einigermaßen glimpflich davon kommen, während die ausländischen Jungen mit fast 19 Prozent eine dramatisch hohe Quote aufweisen.

Bilanzierend formuliert: Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, Kinder aus „einkommensschwachen“, finanziell prekären Haushalten sowie Kinder aus Familien, die aufgrund von Sucht, Gewalt oder destruktiven Formen erlebter Trennung und Scheidung in schwierigen sozialen Lebensumständen groß werden, denen also eine wie auch immer geartete Normalität an Zuwendung, Unterstützung, Wertschätzung und Anerkennung teilweise oder ganz versagt bleibt, sind besonders dafür anfällig, dass sie im und am derzeitigen Bildungssystem scheitern. Gleichzeitig sollte nicht unbeachtet bleiben, dass sich sowohl in den Kompetenzmessungen bei PISA als auch in den Schulabschlüssen eindeutige Leistungsrückstände bei den Jungen zeigen.

Aber der Blick darf nicht nur auf die Jugendlichen oder die Struktur des Bildungssystems gerichtet werden (also das selektive mehrgliedrige Bildungssystem), son-

Abb. 1: Verteilung der Schulabschlüsse nach Geschlecht und Migrationshintergrund (Abgangsjahr 2002/2003; in %)



Quelle: Statistisches Bundesamt

dern er muss auch verstärkt die heutige Gestalt der Schule selbst und ihrer Konzepte einbeziehen, die meines Erachtens einen Teil der Misere mitbewirken. Dabei kann den Schulen nicht allein die Bildungsmisere zugeschoben werden, da zu einer Bildungsbiographie Jugendlicher viel mehr gehört: Angefangen in der Familie über die Kindertagesbetreuung, die Angebote der Jugendarbeit oder andere organisierte Freizeitangebote, die Gleichaltrigen- und die Medien – sie alle bilden neben der Schule jenes Umfeld, in dem und an dem Jugendliche lernen können, mit sich, mit anderen, aber auch mit Inhalten umzugehen – und das zumeist freiwillig. Wir brauchen dringend eine Öffnung, eine Weitung des Horizontes auf das gesamte Bildungsgeschehen, in dem sich für Jugendliche – so oder so – entscheidet, welche Gelegenheiten, welche Anreize, welche ermutigenden Erfahrungen sich ihnen bieten (oder eben nicht).

Dabei kann den Schulen nicht allein die Bildungsmisere zugeschoben werden.

Wenn man Bildung nicht nur als schulisch vermitteltes Wissen versteht, sondern als den Erwerb von kulturellen, instrumentellen, sozialen und personalen Kompetenzen, kommen erst diese wichtigen familiären, vor- und außerschulischen Lern- und Bildungswelten und ihre Potenziale in den Blick. Bildung wird gerade bei dieser unterprivilegierten Gruppe von Jugendlichen vor allem dann den Hauch einer Chance haben, wenn das Lernen nicht auf den Als-ob- und Dauer-Trainingscharakter der Schule begrenzt bleibt, sondern wenn Lernen auch in anderen Formen, in Ernstsituationen und Lernen durch Verantwortungübernahme mit einer Rückbindung in die privaten Lebenswelten der Jugendlichen erfolgt. Ein Zusammenspiel unterschiedlicher Lernorte, der Erwerb und die individuell passgenaue Förderung sehr unterschiedlicher Kompetenzen machen eine umfassende Bildungskonzeption aus, die schulische Bildung deutlich erweitern könnte. Im Auf- und Ausbau von Ganztagschulen sind solche Möglichkeiten zumindest prinzipiell angelegt.

Wir sehen somit, dass bereits die allgemeine Bildung, die Schule und die Zeit vor dem Jugendalter eine erhebliche Weiche darstellt, in welche Richtung sich die Biographie der Jugendlichen entwickelt. Dies zu beachten, scheint mir weitaus wichtiger, als es gegenwärtig in den sozial- und bildungspolitischen Konzepten zum Ausdruck kommt.

3. Die berufliche Ausbildung – das Nadelöhr in prekäre Jugendbiographien

Politik für Jugendliche ist gegenwärtig in Deutschland ganz wesentlich Politik der Ausbildungsförderung. In Anbetracht der Tatsache, dass die berufliche Qualifikation nach wie vor der bedeutsamste Faktor für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt und eine weitere selbständige Lebensführung ist, werden politisch in Deutschland enorme Anstrengungen unternommen, Jugendlichen die Möglichkeit einer Ausbildung zu eröffnen.

Etwas mehr als 900.000 Abgänger verlassen jährlich im Schnitt in etwa das allgemeinbildende Schulsystem. Wenn man davon ausgeht, dass – ebenfalls jahresdurchschnittlich – zuletzt jeweils rund 600.000 Ausbildungsverträge im dualen System abgeschlossen wurden, dann

heißt das, dass nach wie vor zwei von drei Jugendlichen das duale System früher oder später durchlaufen (unabhängig davon, ob sie Abitur haben oder anschließend noch studieren). Das ist eine nach wie vor enorme Zahl und weist auf die anhaltende Bedeutung dieser Ausbildungsform hin. Infolgedessen ist es nicht verwunderlich, dass das bundesdeutsche berufliche Ausbildungssystem lange durch die Dominanz des dualen Systems gekennzeichnet war und es mit etwas abnehmender Tendenz bis heute ist. Dennoch wird es heutzutage durch drei Elemente ergänzt.

(a) Das deutsche „Erfolgssystem“ der dualen Ausbildung wird aber auch seit langem flankiert von unterstützenden Maßnahmen und Programmen wie von öffentlich geförderten überbetrieblichen Ausbildungsplätzen. Ausbildungsanreize und auch die Diskussion um eine Ausbildungsplatzabgabe sowie der Ausbildungspakt – mag man diese bewerten, wie man will – weisen auf das Problem einer nicht die Nachfrage deckenden Zahl an Ausbildungsplätzen und das politische Bemühen um Ausbildungsplätze für Jugendliche hin. Gerade die prekäre Ausbildungssituation in den neuen Ländern hat vermehrt zu politischen Steuerungsversuchen und zur Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungsplätze geführt. So wird inzwischen in den neuen Bundesländern fast jeder dritte Azubi außerbetrieblich ausgebildet, in den alten Bundesländern lag der Anteil bislang durchgängig noch bei jeweils unter acht Prozent.

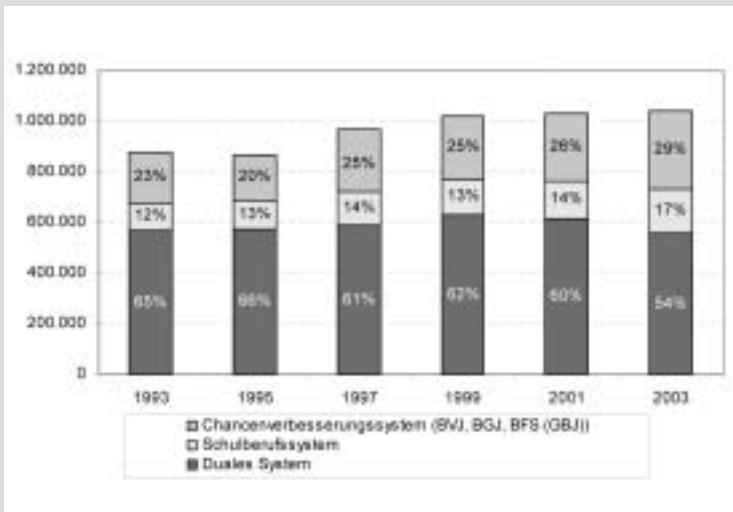
(b) Neben der dualen Ausbildung existiert seit langem das System der schulischen Berufsausbildung, das in den letzten zehn Jahren hinsichtlich der Zahl der Schüler und Schülerinnen und der angebotenen Berufe an Berufsfach- und Fachschulen des Sozial- und Gesundheitswesens deutlich zugenommen hat, wobei jedoch die statistische Erfassung der Anzahl der Schüler in vollzeitschulischen Ausbildungen offenbar große Probleme bereitet und durch die Länderzuständigkeiten sowie die unterschiedlichen beruflichen Schul- und Ausbildungssysteme von einer Untererfassung auszugehen ist.

(c) Und als ein dritter Strang hat sich in Deutschland – um in einer Terminologie von Martin Baethge und Helga Krüger zu sprechen – ein ebenfalls wachsendes „System zur Chancenverbesserung“ auf dem Arbeitsmarkt etabliert, zu dem man das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und die etwas diffuse Kategorie der schulischen Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die zu keinem vollqualifizierenden Abschluss führen – auch „Grundbildungsjahr an BFS“ genannt –, rechnet (zu dem dann oft, aber nicht immer auch noch die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur hinzugezählt werden). Dieses Chancenverbesserungssystem zielt zwar nicht auf den Erwerb von beruflichen Abschlüssen, aber wenigstens auf die Höher- und Besserqualifizierung von Jugendlichen, um dadurch die Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt spürbar zu erhöhen. Auch diese Maßnahmen und Angebote finden im Wesentlichen in schulischer Form statt.

Die Abnahme der Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze und das Anwachsen der schulischen Berufsausbildungen und Angebote des „Chancenverbesserungssystems“ (hier nur bezogen auf die Angebote an den Schulen) hat dabei das Verhältnis dieser Systeme in den letzten Jahren deutlich verändert. Sichtbar wird dies an der Relation der jährlich in das Berufsbildungssystem neu Einmündenden (Abb. 2).

So kann man festhalten, dass mittlerweile von den Neuzugängen im Berufsbildungssystem fast 30 Prozent im Chancenverbesserungssystem landen und 17 Prozent

Abb. 2: Verteilung der Neuzugänge auf die Angebote im Berufsbildungssystem in Deutschland (2003; in %)



Quelle: Berufsbildungsbericht 2005, eigene Berechnungen

in die schulische Berufsausbildung gehen, wobei die besonderen Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (und auch die Fachoberschüler) noch gar nicht eingerechnet sind. Noch zehn Jahre zuvor waren dies zehn Prozent weniger.

Auch im Berufsbildungssystem lässt sich eine besondere Risikogruppe junger Menschen, die auffallend mehr Schwierigkeiten beim Übergang in das Ausbildungssystem haben, identifizieren. Dabei erweisen sich vorherige Schulabschlüsse als die entscheidende Determinante, bilden sie doch oft schon die Zugangsbeschränkungen für bestimmte Qualifikationsprofile. Anhand von qualifikationsspezifischen Daten zu den Neuzugängen im beruflichen Bildungssystem kann man am Beispiel NRW – hierfür liegen Daten vor – die ungleichen Chancen auf dem Ausbildungsmarkt verdeutlichen.

Demnach beginnen drei Viertel aller jungen Menschen ohne Schulabschluss ihren Weg durch die berufliche Bildung im Chancenverbesserungssystem.

Demnach beginnen drei Viertel aller jungen Menschen ohne Schulabschluss ihren Weg durch die berufliche Bildung im Chancenverbesserungssystem. Mag dieses noch einigermaßen nachvollziehbar erscheinen, so muss ein Anteil von fast 55 Prozent unter den Hauptschülern, die den gleichen Weg beschreiten, einen schon erheblich nachdenklicher machen. Zumindest für das Land Nordrhein-Westfalen gilt, dass dort mit einem Hauptschulabschluss nur ein Drittel einen beruflichen Ausbildungsplatz

erhält und etwa weitere 11 Prozent in schulische Ausbildungsgänge einmünden. Und – auch das eine erstaunlich hohe Zahl – immerhin noch fast ein Drittel der Realschüler betreten das berufliche Ausbildungssystem ebenfalls im Rahmen eines beruflichen Grundbildungs- beziehungsweise beruflichen Vorbereitungsjahres. Diese Befunde in der Summe offenbaren schon in allzu deutlicher Weise, dass wir es in Deutschland neben den PISA-Befunden hier mit einer weiteren Quelle bildungspolitischer Unzulänglichkeiten zu tun haben, die niemand einfach beiseite schieben kann.

Diese Befunde in der Summe offenbaren schon in allzu deutlicher Weise, dass wir es in Deutschland neben den PISA-Befunden hier mit einer weiteren Quelle bildungspolitischer Unzulänglichkeiten zu tun haben, die niemand einfach beiseite schieben kann.

Und auch bei diesem Thema gibt es Hinweise auf eine Binnendifferenzierung dieser Personengruppen: Anhand der Daten des so genannten Übergangspanels des Deutschen Jugendinstituts (DJI) – der ersten speziellen Verlaufsstudie zu mehr als 2500 benachteiligten jungen Menschen – wird die Bedeutung von Migration und sozialer Herkunft sichtbar. So stammte fast die Hälfte der im Übergangspanel befragten Jugendlichen aus Zuwandererfamilien, von denen wiederum jeder zweite nicht in Deutschland geboren ist. Die Herkunft aus einer Zuwandererfamilie führt dabei auch dann zu schlechteren Zugangschancen zur Berufsausbildung, wenn die erworbenen Schulabschlüsse mit denen deutscher Jugendlicher vergleichbar sind. Dass sich in dieser Gruppe der benachteiligten Jugendlichen zudem überdurchschnittlich oft soziale Probleme häufen, zeigt sich daran, dass darüber hinaus die befragten Jugendlichen zu einem Drittel angaben, dauerhafte Auseinandersetzungen mit ihren Eltern zu haben, und fast ein Viertel der Befragten über Probleme mit der Polizei oder mit Gerichten berichtete.

Die Herkunft aus einer Zuwandererfamilie führt dabei auch dann zu schlechteren Zugangschancen zur Berufsausbildung, wenn die erworbenen Schulabschlüsse mit denen deutscher Jugendlicher vergleichbar sind.

Trotz dieser Problemlagen – derer sich die Jugendlichen vor dem Eintritt ins berufliche Bildungssystem durchaus bewusst sind – ist ihre Orientierung auf eine berufliche Qualifizierung beziehungsweise eine Ausbildung nach dem Ende ihrer Schulzeit allerdings mit 96 Prozent ungebrochen hoch (es liegt also nicht an einer generell fehlenden Ausbildungsorientierung). Dabei

erweist sich diese Risikogruppe intern durchaus als heterogen und auch Jugendliche mit Migrationshintergrund unterscheiden sich teilweise deutlich voneinander. So sind vor allem Jugendliche aus Aussiedlerfamilien besonders leistungsorientiert und zeigen eine hohe Anpassungsbereitschaft. Allerdings sind sie auch diejenigen, die in puncto Einmündung in reguläre Berufsausbildung die größten Schwierigkeiten haben.

Schulische Abschlüsse, Migrationshintergrund und soziale Herkunft – die zum Teil auch, wie im Schulsystem gezeigt, in einem gewissen inneren Zusammenhang stehen – erweisen sich im System der beruflichen Ausbildung ebenfalls als zentrale Variablen, die über die Chancenverteilung und die Wege in eine erfolgreiche Ausbildung und den Arbeitsmarkt entscheiden.

In puncto geschlechtsspezifischer Chancenverteilung kann auf der Basis des Berufsbildungsberichts 2005 festgehalten werden, dass etwa das Berufsvorbereitungsjahr mit 60 Prozent und das Berufsgrundbildungsjahr mit 70 Prozent männlichen Teilnehmern eindeutig eine Männerdomäne ist, junge Männer mithin auch im Chancenverbesserungssystem überrepräsentiert sind. Dies kann auch in dieser Phase des Lebenslaufs junger Menschen durchaus als ein Hinweis auf die größeren Schwierigkeiten von jungen Männern im Übergang in die berufliche Ausbildung interpretiert werden. Allerdings darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Ausbildungssysteme einen geschlechtsspezifischen Bias haben: So werden schulische Ausbildungen eher von jungen Frauen (70 Prozent bei Ausbildungen außerhalb BBiG/HwO; 52 Prozent bei vollzeitschulischen Ausbildungen nach BBiG/HwO), betriebliche Ausbildungen hingegen häufiger von jungen Männern (60 Prozent) aufgenommen.

Insgesamt entscheiden sich die qualifikationsbezogenen Chancen somit bereits an der Pforte des Qualifizierungssystems, in Abhängigkeit von der Entwicklungsdynamik und Aufnahmefähigkeit des jeweiligen Teilsystems. Wenn man unter dem Strich jedoch berücksichtigt, dass die Zahl der Schüler in vollzeitschulischen Ausbildungen in den letzten Jahren kontinuierlich und vergleichsweise stark angestiegen, die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze – trotz des in diesen Tagen vermeldeten erfreulichen absoluten Anstiegs an dualen Ausbildungsplätzen im Jahre 2004 – in den letzten Jahren hingegen zurückgegangen ist, dann wird sich auch hier mittelfristig die Frage einer gezielten Unterstützung für junge Männer stellen.

4. Jugend ohne Arbeit – die zweite Schwelle

Schließlich ist der Übergang in den Arbeitsmarkt eine weitere Schwelle, die Jugendliche nach der Schule und nach ihrer Berufsausbildung (in der Regel jedenfalls) zu meistern haben. Jugendliche stellen international eine der am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Gruppen dar. Ohne die deutsche Situation schönreden zu wollen, steht Deutschland dabei im internationalen Vergleich jedoch gar nicht so schlecht da – auch dies muss man fairerweise erwähnen, wenn man ansonsten selbstkritisch die deutsche Situation beleuchtet (Abb. 3).

So war die Arbeitslosenquote 2003 von unter 25-Jährigen in Deutschland innerhalb der alten EU-Länder mit elf Prozent die fünftniedrigste, während der PISA-Sieger Finnland beispielsweise am Ende liegt, also schulische Bildung allein auch kein Garant für einen späteren Arbeitsplatz ist. Und Deutschland war in den letzten 20

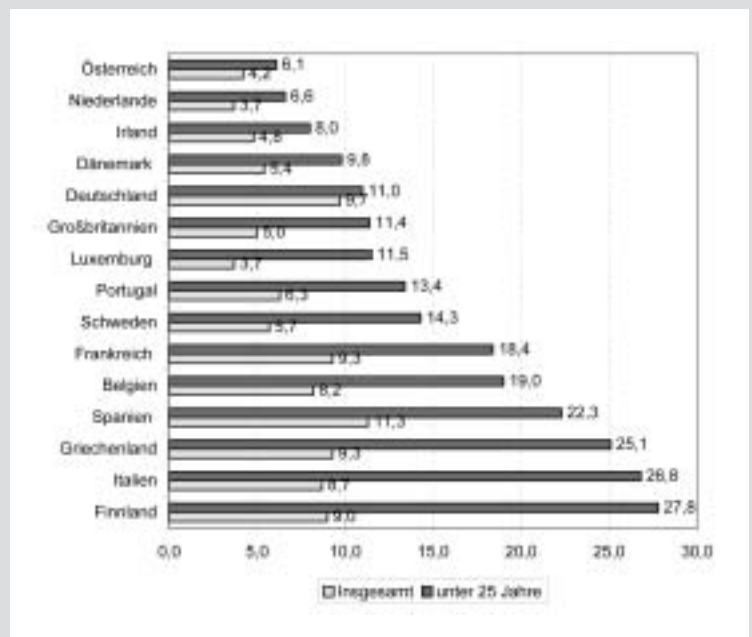
Jugendliche stellen international eine der am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Gruppen dar.

Jahren auch das einzige Land, in dem die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen nicht wesentlich über beziehungsweise teilweise – vor allem regional – sogar unter der der Erwachsenen lag.

Doch damit ist das Problem Jugendarbeitslosigkeit natürlich nicht vom Tisch. Innerhalb Deutschlands lassen sich dabei – wie für die Arbeitslosigkeit insgesamt – auch für die jungen Erwerbspersonen regional sehr unterschiedliche Arbeitslosenquoten ermitteln. So lag die Arbeitslosenquote in den neuen Ländern bis zum Jahre 2004 in diesem Jahrzehnt bei leicht steigender Tendenz beständig über 13 Prozent, in einigen Bundesländern sogar noch deutlich darüber, während sie in Baden-Württemberg stets unter sechs Prozent lag. Auch lässt sich zwischen 2001 und 2004 – das Jahr 2005 kann man hier aufgrund der rechtlich und damit auch statistisch veränderten Rahmenbedingungen nicht ohne weiteres heranziehen – eine leichte Angleichung der beiden Endpole durch den Anstieg in den gut dastehenden alten Bundesländern und den Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit in den neuen Ländern mit den hohen Werten beobachten.

Betrachtet man indessen die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in den beiden Altersstufen unter bezie-

Abb. 3: Jugend- und Gesamtarbeitslosenquoten in ausgewählten EU-Staaten (2003; in %)



Quelle: Eurostat 2005

hungsweise über 20 Jahre, so scheint diese für unter 20-Jährige bei einer Arbeitslosenquote von zuletzt unter fünf Prozent erfreulicherweise kein so bedeutsames Problem mehr – im Vergleich etwa zu den Jahren 1995 bis 2000 – zu sein, auch wenn hier sicherlich der Anstieg der Teilnehmerzahlen im Chancenverbesserungssystem und die Zunahme höherer allgemeinbildender Bildungsabschlüsse eine wesentliche Rolle spielen dürfte.

Ich möchte mich hier nicht auf eine Diskussion über das SGB II und seine Wirkungen einlassen; dafür fehlt vorerst eine seriöse Datengrundlage.

Demgegenüber zeigt sich bei den 20- bis 25-Jährigen in den letzten Jahren jedoch wieder eine spürbare Zunahme der Arbeitslosenquote. Politisch werden in den letzten Jahren verstärkt Anstrengungen unternommen, Jugendlichen die Arbeitsmarktintegration zu ermöglichen, so etwa durch das große Sofortprogramm JUMP. Und schließlich wurde im SGB II im § 3 Abs. 2 die besondere Förderungswürdigkeit junger Menschen verankert:

„Erwerbsfähige Hilfebedürftige, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind unverzüglich nach Antragstellung auf Leistungen nach diesem Buch in eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit zu vermitteln. Können Hilfebedürftige ohne Berufsabschluss nicht in eine Ausbildung vermittelt werden, soll die Agentur für Arbeit darauf hinwirken, dass die vermittelte Arbeit oder Arbeitsgelegenheit auch zur Verbesserung ihrer beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten beiträgt.“

Ich möchte mich hier nicht auf eine Diskussion über das SGB II und seine Wirkungen einlassen; dafür fehlt hier nicht nur die Zeit, sondern vorerst auch eine seriöse Datengrundlage. Vielmehr geht es mir darum, dass sich auch im Gesetzestext oder auch in vielen Maßnahmen von JUMP zeigt, dass die Förderung von Ausbildung und Qualifikation richtigerweise als ein zentrales Element auf dem Weg aus der Arbeitslosigkeit angesehen wird. Denn: Schaut man sich in puncto Jugendarbeitslosigkeit die

Gruppe der besonders Betroffenen an, so erweisen sich die vorgängigen Systeme von schulischer und beruflicher Bildung beziehungsweise der Erwerb entsprechender Zertifikate als maßgeblich.

Ausbildung lohnt sich.

Das Fehlen einer beruflichen Ausbildung erhöht das Risiko einer Arbeitslosigkeit erheblich: So waren im Jahre 2002 bei den 15- bis 34-Jährigen ohne Berufsabschluss immerhin knapp 23 Prozent arbeitslos, während diese Quote in der gleichen Altersgruppe bei einem abgeschlossenen Studium nur bei 4,2 Prozent und bei einer abgeschlossenen beruflichen Qualifikation bei 9,5 Prozent lag. Insoweit gilt hier ganz unübersehbar zunächst einmal der Satz: Ausbildung lohnt sich.

Die Wirkung der berufsspezifischen Qualifikation scheint hierbei im Endeffekt die schulischen Abschlüsse in ihrer Wirkung insoweit noch zu überlagern, als eine abgeschlossene Berufsausbildung ein zentrales Selektionskriterium am Arbeitsmarkt darstellt. Insoweit könnte man den Satz also spezifizieren: Berufliche Ausbildung lohnt sich.

Allerdings sollte man auch diesen Satz nicht vorschnell als pauschales Heilmittel und als Gegengift gegen die Arbeitslosigkeit betrachten. Folgt man einer Studie des DIW, so hat neben der bloßen beruflichen Ausbildung auch die Branche, in der jemand ausgebildet ist, eine wichtige Bedeutung für den individuellen Erfolg am Arbeitsmarkt. Jugendliche, so die Studie, die eine Qualifikation für den Dienstleistungsbereich erworben haben oder dort schon tätig sind, haben vor allem im Vergleich zu jungen Menschen im land- und forstwirtschaftlichen Sektor deutlich, im Vergleich zum produzierenden Sektor etwas bessere Chancen, erwerbstätig zu werden beziehungsweise es auch zu bleiben. Insoweit müsste man diesen Satz eigentlich dahingehend spezifizieren: Eine arbeitsmarktcompatible berufliche Ausbildung lohnt sich. Hinter den Kulissen der Jugendarbeitslosigkeit zeigen sich die wiederum bekannten sozialen Disparitäten: Unter den von Arbeitslosigkeit betroffenen jungen Menschen, auch dies zeigt die DIW-Studie, sind ebenfalls Ausländer



beziehungsweise Migranten überrepräsentiert, während deutsche Jugendliche (auch mit doppelter Staatsbürgerschaft) im Vergleich zu ihren Altersgenossen ohne deutschen Pass besser gegen Arbeitslosigkeit geschützt sind.

Der Weg in den Arbeitsmarkt, das ist nicht neu, geht über die Ausbildung, über eine möglichst gute schulische Ausbildung sowie über eine branchenspezifisch zukunftsfähige berufliche Ausbildung.

Unter Geschlechtergesichtspunkten zeigt sich im Alter bis unter 25 Jahren eine geringere Erwerbslosenquote von Frauen, was auf eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt, aber auch auf eine tendenzielle, vorübergehende Nicht-Erwerbsorientierung von jungen Frauen interpretiert werden kann (etwa, wenn sie ein Kind bekommen). Insgesamt lassen sich allerdings kaum einheitliche Befunde für eine geschlechtsspezifische Benachteiligung von jungen Frauen oder Männern finden.

Der Weg in den Arbeitsmarkt, das ist nicht neu, geht über die Ausbildung, über eine möglichst gute schulische Ausbildung sowie über eine branchenspezifisch zukunftsfähige berufliche Ausbildung. Beides zusammen reduziert sicherlich am ehesten die Gefahr, längerfristig aus dem Arbeitsmarkt herauszufallen, auch wenn dies, wie sich leider immer wieder zeigt, keine Gewähr für ein risikoloses Erwerbsleben ist.

5. Fazit und Ausblick

Politik, die sich um Jugend bemüht, befindet sich gegenwärtig ganz offenkundig in einer wenig beneidenswerten Situation: Sie unterliegt faktisch primär den Zwängen, die sich aus konkreten aktuellen Problemlagen und im Hinblick auf ganz spezielle Problemgruppen ergeben, darf aber zugleich Jugend als Ganzes, wenn sie dieser altersspezifischen Lebenslage gerecht werden will, als Generationenlage nicht aus dem Auge verlieren. So ergeben sich mit Blick auf die Herausforderungen für eine zukünftige Jugendpolitik zwei Stoßrichtungen.

Auf der einen Seite ist Jugendpolitik als eigene Aufgabe zu gestalten, als Politik für alle Jugendlichen, als Gestaltungsaufgabe der Lebensführung und nicht nur als Krisenbewältigung in bestimmten Bereichen wie Schule, Ausbildung oder Arbeit. Jugendliche brauchen Spielräume und Gestaltungsräume auch jenseits von Arbeit und Arbeitsqualifizierungsprozessen, um experimentieren, um auch für sich selbst realistische Zukunftsvisionen entwickeln

Auf der einen Seite ist Jugendpolitik als eigene Aufgabe zu gestalten und nicht nur als Krisenbewältigung in bestimmten Bereichen wie Schule, Ausbildung oder Arbeit.

zu können; diese Spielräume werden ihnen heute häufig nicht mehr zugestanden. Notwendig ist in meinen Augen von daher eine Politik für die Jugend und mit der Jugend. Auf der anderen Seite muss Jugendpolitik natürlich weiterhin ein besonderes Augenmerk auf die zentralen Statuspassagen und ihre prekären Folgen haben, die längst nicht mehr nur für eine kleine Personengruppe zu einem Problem zu werden drohen. Vor allem Jugendliche aus Migrantenfamilien, aus niedrigen sozialen Herkunftsmilieus und mit geringen Bildungsabschlüssen sowie dabei vor allem männliche Jugendliche sind die Risikogruppen und Verlierer im Übergang in ein selbst verantwortetes und selbst gesteuertes Leben. Sie bedürfen besonderer Unterstützung.

Darüber hinaus aber – und das auszuführen wäre ein ganz neues Thema, ein zweiter Vortrag – scheinen mir für eine künftige Jugendpolitik folgende sechs Punkte bedeutsam, die ich abschließend wenigstens nennen will:

(1) Die Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen sollte konsequenterweise, dies haben die Ausführungen hoffentlich deutlich gemacht, bereits vor der beruflichen Ausbildung beginnen und sehr viel systematischer die Schule, die anderen non-formalen Bildungsorte sowie frühzeitig auch die Verantwortlichen des Ausbildungssystems mit einbeziehen. Der Ruf nach einer gezielten individuellen Förderung im Bildungs- und Lebensverlauf sowie die Diskussion um „Ausbildungsreife“ verweist auf den zusätzlichen Bedarf an fachunspezifischen, allgemeinen Basis- und Grundqualifikationen, die maßgeschneidert für einzelne Jugendliche zu entwickeln sind. Viele Schulen, gerade Hauptschulen, haben sich mit der Verstärkung von Betriebspraktika, mit neuen Lernformen, Einbau berufsbezogener Elemente und der verstärkten individuellen Beratung auf den Weg gemacht. Mir scheint es notwendig, dass es hier eine noch systematischere Verzahnung zwischen den unterschiedlichen Bildungsakteuren und Stationen der Bildungsbiographie trotz föderaler und ressortmäßiger Hürden gibt.

Mir scheint es notwendig, dass es hier eine systematischere Verzahnung zwischen den unterschiedlichen Bildungsakteuren und Stationen der Bildungsbiographie trotz föderaler und ressortmäßiger Hürden gibt.

(2) Ausbildungs- und berufsvorbereitende Maßnahmen müssen zum Teil neu gestaltet, vor allem aber modularisiert und anrechenbar gemacht werden. Elemente des Berufsvorbereitungsjahres können heute schon im dualen System angerechnet werden. Dieser Weg der kumulativen, schrittweisen Qualifizierung muss gerade für Jugendliche mit Schwierigkeiten gezielt ausgebaut werden, allerdings ohne das duale System im Kern auszuhöhlen. Zudem gewinnt die Förderung nicht unmittelbar beruflicher Kompetenzen an Bedeutung, die neben der mittelbaren Orientierung an Erwerbsarbeit die Lebensbewältigungskompetenzen der Jugendlichen in den Vordergrund rücken (die ihrerseits zum Teil erhebliche Rückwirkungen auf den Erfolg oder das Scheitern der

beruflichen Ausbildung haben). Diesbezüglich sind beispielsweise mit dem „Freiwilligen Sozialen Trainingsjahr – FSTJ“ schon Ansätze vorhanden, die weiter erprobt und ausgebaut werden müssten.

Jugendpolitik muss dafür Sorge tragen, dass in Deutschland ein ausreichendes Ausbildungsangebot mit Perspektiven für junge Menschen sichergestellt ist.

(3) Jugendpolitik muss – im Verweis auf die Relevanz von Ausbildungen – weiter auch dafür Sorge tragen, dass in Deutschland ein ausreichendes Ausbildungsangebot mit Perspektiven für junge Menschen sichergestellt ist. Dabei müssen die beruflichen Qualifikationswege jenseits der dualen Ausbildung systematischer ins Blickfeld gerückt werden, vor allem, wenn man bedenkt, dass insbesondere in den Wachstumsbranchen im Dienstleistungsbereich (also IT, Gesundheit, Soziales, Kaufmännische Berufe, Verwaltung) die schulischen Ausbildungen dominieren. (4) Gleichzeitig werden wir in Deutschland aufgrund der demographischen Entwicklung weiterhin auch ein funktionierendes System der Chancenverbesserung mit seinen flankierenden sozialpolitischen Maßnahmen dringend benötigen. Gerade das institutionelle Geflecht und das Zusammenspiel non-formaler und formaler Bildung – und letztere beinhaltet auch den nachträglichen Erwerb schulischer Bildungszertifikate im Rahmen der beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen – muss für benachteiligte Jugendliche trotz Umstellungen und Wettbewerb in der Ausschreibungspraxis finanziell gesichert bleiben. Es macht keinen Sinn, bewährte Strukturen hier leichtfertig aufs Spiel zu setzen – und anschließend zu konstatieren, dass gerade für diese Jugendlichen die Unterstützungssysteme leider prekärer geworden sind.

Es macht keinen Sinn, bewährte Strukturen hier leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

(5) Die Maxime des Forderns und Förderns muss auf beiden Seiten erhalten bleiben. Kommt im SGB II die Seite des Forderns deutlich zum Tragen, so muss eben auch die andere Seite der Medaille, das Fördern im Auge behalten werden. Und das heißt zum einen zweifellos die Betonung des Primats von Bildung und Ausbildung vor bloßer Vermittlung in einfache Arbeit; es heißt zum anderen aber auch die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsmöglichkeiten. Vielleicht, oder besser: Hoffentlich hat die neue Gesetzgebung in dieser Hinsicht eine stimulierende Wirkung auf Jugendliche (auch wenn aus diesem System, hierauf muss man deutlich hinweisen, Jugendliche wieder herausfallen werden, über deren Unterstützung dann sozialpolitisch erneut nachgedacht werden muss, wenn man nicht eine dauerhafte Abschreibung dieser jungen Menschen billigend in Kauf nehmen will). Aber inwieweit nun der gerade in diesen Tagen vermeldete überdurch-

schnittliche Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit in den letzten beiden Monaten bereits ein Zeichen des Greifens der neuen Arbeitsmarktinstrumente ist und nicht auch noch die Tücken der neuen statistischen Erfassung bzw. des Transfers Jugendlicher ins Qualifikationssystem sich damit vermengt, lässt sich, soweit ich das sehe, gegenwärtig noch nicht zuverlässig sagen. Notwendig bleibt auf jeden Fall eine systematische Berichterstattung über Ausbildung und Arbeitsmarkt, die auch die Querverbindungen zwischen diesen beiden Systemen sichtbar macht und sicherstellt, dass Jugendlichen wirklich geholfen wird (und sie nicht nur hin und her geschoben beziehungsweise in der Statistik unsichtbar gemacht werden).

Schließlich bedarf es auch einer genügend großen Zahl an Arbeitsplätzen für junge Menschen.

(6) Schließlich, und dieses ist noch einmal ein eigenes Thema, bedarf es neben einem ausreichenden Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten auch einer genügend großen Zahl an Arbeitsplätzen für junge Menschen, die aus meiner Sicht eben auch zusätzlich geschaffen werden müssen (und da glaube ich im Zeitalter von Globalisierung, Rationalisierung, Automatisierung und einer Arbeitsplatzverlagerung in Billiglohnländer in großem Stil einfach nicht an eine sich selbstauslösende Kehrtwende auf dem Arbeitsmarkt). Deshalb sollte man es sich zumindest nicht verbieten, auch über Konjunkturprogramme nachzudenken, allerdings nicht unbedingt der alten Art. Wenn man aber die Zeichen der Zeit in den unwiderruflichen Veränderungen der Lebensführung und der privaten Haushalte der Menschen erkennt, dann macht es für mich durchaus Sinn, über so etwas wie ein Bildungskonjunkturprogramm einerseits und ein haushaltsbezogenes Dienstleistungsprogramm andererseits ernsthaft nachzudenken. Vielleicht lag die Crux der alten Konjunkturprogramme ja darin, dass sie vor allem den eingefahrenen Mustern der Industriegesellschaft und nicht den veränderten Rahmenbedingungen einer Dienstleistungsgesellschaft des 21. Jahrhunderts gefolgt sind. Ich bin überzeugt, dass Deutschland hier wichtige Potenziale der Arbeitsmarktgestaltung bislang ungenutzt gelassen hat. Jugendpolitik, das ist, hoffe ich, deutlich geworden, ist eine umfassende Aufgabe. Entweder als eine Querschnittsaufgabe eigenen Zuschnitts – hier bin ich gegenwärtig eher skeptisch – oder aber in Form von Bildungs-, Ausbildungs-, Arbeitsmarkt- und Jugendhilfepolitik muss sie auch in Zukunft versuchen, so nachhaltig zu wirken, dass der Satz wieder seine Berechtigung erlangt: Unsere Zukunft ist die Jugend.

Unsere Zukunft ist die Jugend.

Internationaler Bund - IB

Freier Träger der Jugend-, Sozial- und
Bildungsarbeit e.V.

Sitz: Frankfurt am Main

Vereinsregister Nr. 5259

Vorsitzender des Vorstandes: Werner Sigmund
Burgstraße 106

60389 Frankfurt am Main

Telefon 0 69/9 45 45-0

Fax 0 69/9 45 45-280

Info@internationaler-bund.de

www.internationaler-bund.de

Redaktion: Dirk Altbürger, Günter Haake,

Fotoredaktion: Johanna Koch

Gestaltung: D´Sign & Co, Claudia Ochsenbauer

Fotos: Peter Witkop

Ref.Öff. 06/05

Internationaler Bund sieht sich im Nachteil

Folge der neuen Arbeitsmarktpolitik

Der freie Träger von Bildungs- und Sozialarbeit fordert, Maßnahmen nicht nur an die günstigsten Anbieter zu vergeben.

VON PETER SEIDEL

Köln - Der Internationale Bund (IB), freier Träger der Bildungs- und Sozialarbeit, hat auf seiner Mitgliederversammlung in Köln massiv Kritik an der Vergabepaxis der Bundesagentur für Arbeit für Maßnahmen im Feld der beruflichen Bildung geübt. IB-Präsident Bruno Köbele sagte im Deutzer Congress-Centrum: „Wir halten sie (die Vergabepaxis) für absolut ungeeignet“, und forderte die anwesenden Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement und den Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, auf, sie zu überprüfen.

Hintergrund der Kritik ist, dass der IB angesichts knapper Mittel im schärferen Wettbewerb mit anderen Anbietern von Weiterbildung und Eingliederungsmaßnahmen wie ausbildungsbegleitenden Hilfen oder berufsvorbereitenden Kursen in den vergangenen Jahren immer öfter das Nachsehen hat. Das habe

Jahrzehntelange Erfahrung

Der internationale Bund (IB) ist seit Jahrzehnten einer der großen freien Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit in Deutschland. Der IB beschäftigt bundesweit 10 000 Mitarbeiter an 300 Orten. Schwerpunkte der IB-Arbeit sind berufliche Weiterbildung und Eingliederungsangebote für Jugendliche und junge Erwachsene in den Arbeitsmarkt sowie sozialpädagogische Betreuung von und berufliche Bildungsangebote für junge Langzeitarbeitslose. In der Folge der neu ausgerichteten Arbeitsmarktpolitik des Bundes musste der IB in den vergangenen zwei Jahren 1380 Mitarbeitern kündigen. (ps)

seinen Grund darin, dass die Bundesagentur für Arbeit (BA) „nur noch nach dem Preis und nicht mehr nach den Inhalten der Angebote“ entscheide, bemängelte Köbele am Rand der Mitgliederversammlung.

In Nordrhein-Westfalen bewegten sich zum Beispiel die Preise für eine Stunde ausbildungsbegleitender Hilfe zwischen 1,40 Euro und zwei Euro, fügte Thomas Wolff, Geschäftsführer der Niederlassung Nordrhein-Westfalen des IB, hinzu. Der IB liege dabei eher am oberen Ende der Spanne, auch weil er für seine fest angestellten Mitarbeiter anders als andere Anbieter Tarifgehälter bezahle. Die Folge: Im vergangenen Jahr verzeichnete die Organisation ein Defizit von sechs Millionen Euro. 200 Mitarbeiter verloren ihren Arbeitsplatz.

Allein das Arbeitsprojekt Köln des IB in NRW verzeichnete auch im vergangenen Jahr schwarze Zahlen. Seit 1998 arbeiten hier die Stadt, die Arbeitsagentur und mehrere Träger der beruflichen Bildung zusammen. Das im „Kölner Modell“ angewandte Prinzip „Fördern und Fordern“ habe inzwischen bundesweit Vorbildfunktion, betonte Köbele in der Versammlung. Auch Clement lobte die Kölner Zusammenarbeit für die Eingliederung (Langzeit-)Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt als „beispiellos“. In den vergangenen sechs Jahren fanden 3000 junge Menschen ohne Ausbildung oder mit schwierigem sozialen Hintergrund durch die Beratung und Qualifizierung im Modell einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz.

Clement versprach dem IB Korrekturen in der Frage, nach welchen Kriterien Maßnahmen der beruflichen Bildung vergeben werden. Der Minister betonte aber auch, dass es erste Erfolge in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gebe. Von 665 000 langzeitarbeitslosen jungen Menschen seien inzwischen 96 000 vermittelt.

Lob vom Minister

Mitgliederversammlung des Internationalen Bunds in der Messe

von ANNA HAGEBUSCH

Betreuen - bilden - Brücken bauen: Unter diesem Motto leistet der Internationale Bund (IB) seit über 50 Jahren wertvolle Arbeit als Träger von Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit. Bei der Mitgliederversammlung in der Messe zieht der IB noch bis heute Bilanz und wagt den Ausblick auf zukünftige Aufgaben.

Seit zwei Jahren arbeitet der IB unter erschwerten Bedingungen, denn die Bundesagentur für Arbeit, Hauptauftraggeber für Bildungsmaßnahmen, hat im Rahmen von Hartz IV ihre Vergabepolitik geändert. Der Markt, auf dem jetzt „Billiganbieter“ den etablierten Trägern Konkurrenz machen, sei „knallhart umkämpft“, so der IB-Vorstandsvorsitzende Werner Sigmund. Nur dank einer mitunter schmerzhaften Verschlankeung der Strukturen sei der IB handlungsfähig geblieben.

„Trotz aller Kritik“ bot sich Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement dem IB weiterhin als Partner an: „Sie leisten eine immens wichtige Arbeit, und die gemeinsame Aufgabe verbindet uns.“ Vor allem vor dem Hintergrund, dass es der äußersten Anstrengung



Eine bedeutende Leistung bescheinigte Clement dem IB.

aller Beteiligten bedürfe, um die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, sei die Arbeit des IB eine „bedeutende Leistung“. Wie vor allem benachteiligte Jugendliche wieder dauerhaft in Lohn und Arbeit gebracht werden können, zeigt nach Ansicht von IB-Präsident Bruno W. Köbele nicht zuletzt das „Kölner Modell“, bei dem Stadt, Arbeitsagentur und soziale Träger mit Erfolg zusammenarbeiten. Mit Blick auf die Zukunft finde die diesjährige Mitgliederversammlung somit an einem denkbar günstigen Ort statt.